

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 148

HERBST 2002

€ 0,50

Keine Stimme für SPD, Grüne, PDS! SPD/Grüne bahnen der Rechten den Weg

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025



Thomas Imo / Phalanx



Marc-Steffen Unger

SPD, Grüne setzen Bundeswehr in Afghanistan ein (links). Hartz und Schröder präsentieren Pläne der Hartz-Kommission (rechts). Imperialistischer Krieg wird begleitet von Angriffen auf Arbeiter zu Hause

Wenige Wochen vor der Wahl versucht die SPD/Grünen-Regierung sich darzustellen, als wäre sie um Frieden bemüht, und entfaltet hektische Aktivitäten, um die Massenarbeitslosigkeit zu beschönigen. Die Flutkatastrophe wird von Schröder ausgenutzt, um eine Kampagne der nationalen Einheit zu führen; die soll aber finanziert werden von der

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Arbeiterklasse durch verschobene Steuersenkungen, während die Konzerne seit Jahren im Grunde schon keine Steuern mehr zahlen, dank der SPD/Grünen-Regierung. Da kann selbst Stoiber sich hinstellen und sich für soziale Gerechtigkeit aussprechen. Die SPD/Grünen-Regierung hat von Anfang an der herrschenden Klasse, den Kapitalisten, gedient. Mit ungeheurem Zynismus wurde der Slogan „Nie wieder Auschwitz!“ dazu benutzt, die Bundeswehr auf den Balkan zu schicken und zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder Krieg zu führen. Der vom US-Impe-

rialismus geführte „Krieg gegen den Terror“ wurde von Schröder und Fischer dazu benutzt, die Bundeswehr nach Afghanistan und an das Horn von Afrika zu schicken, während sie in Deutschland eine rassistische staatliche Unterdrückung gegen Immigranten mit muslimischem und arabischem Hintergrund durchführen. Mit Menschenrechtsrhetorik verkauften SPD und Grüne der weitgehend pazifistisch eingestellten Bevölkerung den imperialistischen Krieg und die Beteiligung der Bundeswehr daran. Trotzdem regte sich aber insbesondere in der Arbeiterklasse massiver Protest, wie z. B. von der IG Metall. Wir Spartakisten warnten bereits bei den Wahlen 1998 vor der SPD und auch vor der PDS: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!“ Wir kämpfen für den Aufbau einer revolutionären, multiethnischen Arbeiterpartei, die die Interessen von allen Unterdrückten vertritt und die Arbeiterklasse an die Macht bringt.

Um die militärische Um- und Aufrüstung der Bundeswehr und deren Einsätze finanzieren zu können und damit die Bosse genügend Profit machen, muss der „Sozialstaat“

Fortgesetzt auf Seite 2

Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus ... Seite 9



Spartakist

Berlin, Januar 2002: Ver.di-Protest gegen die Angriffe des SPD/PDS-Senats auf das Benjamin-Franklin-Klinikum. Erst verkaufte die PDS die DDR an die deutsche Bourgeoisie aus, jetzt verwaltet sie den deutschen Imperialismus in der Hauptstadt und greift Arbeiter, Immigranten und Frauen an

SPD/Grüne...

Fortsetzung von Seite 1

ausgehöhlt werden und die Ausbeutungsrate dadurch erhöht werden, dass die Löhne gesenkt werden. Der „Sozialstaat“ wird seit der Konterrevolution in der DDR als überflüssig angesehen und die SPD/Grünen-Regierung machte mächtige Fortschritte bei der Zerstörung der sozialen Erregenschaften der Arbeiterbewegung. Die SPD sah sich aber nicht in der Lage, die Streiks der IG Metall und der IG BAU im Frühjahr und Sommer dieses Jahres zu verhindern, und damit fiel ihr Wert für die Kapitalisten. Die Reden über die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Kapitalisten fruchteten nicht mehr angesichts immer weiterer Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und Massenentlassungen.

Die Bosse setzen jetzt auf den Reaktionär Stoiber, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Diese Verschiebung findet vor dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Abschwungs statt. Deshalb sind viele immigrierte Arbeiter in den Augen der Kapitalisten überflüssig geworden. Das ist die materielle Basis für den zunehmenden Rassismus gegen Immigranten, wovon die Rechte generell und die extreme Rechte wie der Faschist Le Pen in Frankreich, Haiders FPÖ in Österreich und so weiter bei ihren Wahlerfolgen insbesondere profitieren. Damit droht auch in Deutschland ein Rechtsrutsch. Dort wie hier sind es sozialdemokratische Regierungen, die mit sozialer Kahlschlagpolitik und gegen Immigranten gerichtetem Rassismus den Rechten den Weg bahnen. SPD und PDS sind aber nicht

das kleinere Übel zu Stoiber und Co., wie es linke Gruppen zu verkaufen suchen: die Gruppe Linksruck mit ihrer Kampagne „Stoppt Stoiber“, die Gruppe Arbeitermacht (GAM) oder, nur in Bezug auf die PDS, die Sozialistische Alternative Voran (SAV). Diese sich revolutionär gebenden Organisationen sind tatsächlich Teil einer syphilitischen Kette, die Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu binden und damit an den Kapitalismus.

Friedenstaube Schröder?

Schröder und der SPD schwimmen die Felle weg. Die SPD hat große Schwierigkeiten, die Arbeiterklasse dafür zu mobilisieren, die SPD zu wählen. Nicht vergessen ist die verheerende Wahniederlage, die die Arbeiter an der Ruhr dem „Genossen der Bosse“ nach dem Balkankrieg 1999 in Nordrhein-Westfalen zufügten. Bei der Kommunalwahl weigerten sich ganze SPD-Ortsvereine in Arbeitervierteln des Ruhrgebiets, für die SPD zu mobilisieren. Der Sozialraub der letzten Jahre ist zu offensichtlich und auch die Opposition unter den Arbeitern gegen den Balkankrieg und den Krieg in Afghanistan ist nicht vergessen. So versucht sich Kriegskanzler Schröder jetzt also als Friedenstaube darzustellen. Tatsächlich aber ist die Bundeswehr schon mit ihren jetzigen Einsätzen sowohl personell als auch finanziell überfordert. Hierüber sind sich Stoiber und Schröder völlig einig, weswegen es Stoiber als unfair ansieht, dies zum Wahlkampfthema zu machen. Schröder bezeichnet die Kriegspläne der kriegslüsternden Bush-Regierung gegen den Irak als ein „Abenteuer“ und besteht auf einem „deutschen

Fortgesetzt auf Seite 22

Spartakist-Veranstaltungen

**SPD/Grünen-Regierung
bahnt der Rechten den Weg
Keine Stimme für SPD, Grüne, PDS!
Für eine revolutionäre
multiethnische Arbeiterpartei!**

Berlin

Donnerstag
12. September
18.30 Uhr

Mehringhof,
Versammlungsraum
Gneisenaustraße 2A
U-Bahnhof Mehringdamm

Hamburg

Dienstag
17. September
19.00 Uhr

Werkstatt 3
Nernstweg 32–34
S-Bahn Altona

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 148

HERBST 2002

Roma-Karawane protestiert

Arbeiterklasse muss Abschiebungen verhindern!

Einhunderttausend Roma wurden aus ihren Häusern im Kosovo vertrieben durch die kapitalistische Konterrevolution und das mörderische nationalistische Blutbad, das den früheren deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien verschlang und zerstörte. Pate dieser Konterrevolution war die deutsche Bourgeoisie, deren Außenministerium 1991 die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens von Jugoslawien anheizte und damit prokapitalistische nationalistische Kräfte anspornte. Vor dem Inferno der „ethnischen Säuberungen“ flohen tausende nach Deutschland. 1999 vertrieb die NATO-Bombardierung Serbiens 35 000 weitere Roma aus dem Kosovo nach Deutschland, die meisten ließen sich in Nordrhein-Westfalen nieder. Ihre Kinder gehen dort zur Schule, sprechen Deutsch und Romanes. Aber jetzt wollen die deutschen Länderregierungen – allen voran die SPD/Grünen-Regierung von Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung der nationalen SPD/Grünen-Regierung – die 30 000 Roma, die hier leben, aus dem Land werfen und zurück nach Jugoslawien schicken.

Im April starteten mehr als 500 Roma aus Nordrhein-Westfalen eine Karawane durch große deutsche Städte. Sie fordern unter anderem sofortigen Abschiebestopp und Bleiberecht, das Recht hier zu arbeiten und das Recht ihrer Kinder auf eine anständige Ausbildung. Die Spartakist-Arbeiterpartei steht voll und ganz auf der Seite dieser mutigen Roma-Familien: **Stoppt die Abschiebungen! Hände weg von den Roma! Volle Staatsbürgerechte für alle, die es hierher geschafft haben!** Flüchtlingshilfsgruppen und andere Organisationen sowie Günter Wallraff, Günter Grass und viele andere haben den Roma Unterstützung gegeben, aber die



indymedia.de

Berlin: Roma-Frauen mit ihren Kindern trotzen dem Abschiebeterror

Regierungsparteien auf nationaler und Länderebene setzen den Roma die ganze Wucht, Heuchelei und Feindschaft des bürgerlichen Staates entgegen. Der SPD-Innenminister gab den Ton an: „Die Forderung der Sinti und Roma nach einer Integration lehnte Schily aber ab. „Das ist nicht Sinn der Sache“ (Weser-Kurier, 10. Juni). In der rassistischen Festung Europa sind die Roma erneut die Zielscheibe des bürgerlichen Staates und jedes dreckigen hergelaufenen Nationalisten.

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 2002

Berlin	170
Hamburg	110
Auf Entfernung	20
Gesamt	300

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

148

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Roma...

Fortsetzung von Seite 3

Bei einer Roma-Demonstration im Juni am Brandenburger Tor in Berlin stand auf einem Banner: „Ihr habt unsere Häuser in Jugoslawien bombardiert“. Das ist wirklich die genau passende Antwort auf das Gezeter der Regierung, die Roma würden das Asylrecht „missbrauchen“ und das Staatsbudget belasten. 14 000 der geschätzten 19 000 Häuser von Roma im Kosovo wurden im Verlauf des NATO-Kriegs gegen Serbien zerstört. Und die UCK vertrieb unter dem Schutz des Grünen-Außenministers Joschka Fischer und ihrer anderen NATO-Paten zehntausende Serben und Roma. **Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/Bundeswehr/UNO/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, sofort!**

Als in Berlin die PDS-Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner für die Roma-Karawane Unterbringung in städtischen Wohnheimen organisierte, wussten das die Roma nach sechs Wochen in Zelten natürlich zu schätzen. Aber dann organisierte die Polizei des Berliner SPD/PDS-Senats einen nächtlichen Überfall auf zwei der Wohnheime in Berlin-Lichtenberg, sie kontrollierten Ausweise und terrorisierten die Familien. All dies nur wenige Kilometer entfernt vom Standort des „Zigeunerlagers“ Marzahn, wo die Nazis Roma einpferchten, bevor sie sie zu Vernichtungslagern wie Auschwitz-Birkenau deportierten. Hinter dem heutigen bürgerlich-demokratischen Staat steht die gleiche herrschende Klasse wie hinter Nazideutschland. Nur in der DDR war ab 1945 bis zur kapitalistischen konterrevolutionären Wiedervereinigung 1990 die deutsche Bourgeoisie enteignet und verjagt gewesen.

Diese Tatsache – die Kontinuität der Bourgeoisie von Auschwitz – zu leugnen, ist ein Eckpunkt im reformistischen Programm der PDS, die die DDR ausverkaufte und heute dem deutschen Imperialismus ihre Nützlichkeit beweisen will. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Berliner PDS-Fraktion, Karin Hopfmann, war peinlich berührt, ja sogar sauer über den Polizeiüberfall auf die Roma. Sie jammerte: „Da hat die Verwaltung gegen die Senatspolitik gehandelt“ und erklärte „da besteht noch Aufklärungsbedarf“ (*junge Welt*, 10. Juni). Was passierte nun inzwischen im Zuge der „Aufklärung“? Wurde etwa der Polizeichef wegen seines Gestapo-ähnlichen Überfalls gefeuert? Natürlich nicht. Ob es Knake-Werner oder Hopfmann nun gefällt oder nicht, die

rassistischen Bullen, die die Roma in Lichtenberg terrorisierten, sind *ihre* rassistischen Bullen.

In Düsseldorf wird die volle Bandbreite von Schikanen und Heuchelei eingesetzt, um die Roma mürbe zu machen und die Aufmerksamkeit der Medien und der öffentlichen Meinung abzulenken von den Forderungen, für die die Roma kämpfen. Als bei den heftigen Regenfällen im Juli der den Roma zugewiesene Stellplatz überflutet wurde, weigerte sich das Technische Hilfswerk, die nötigen Pumpen herbei zu transportieren, mit der Begründung, dies sei kein ausgewiesenes Katastrophengebiet! Der notorisch reaktionäre CDU-Bürgermeister Erwin verhinderte eine Roma-Demonstration, indem er den Marktplatz mit städtischen Fahrzeugen blockieren ließ. Eine Mobilisierung der Gewerkschaft ver.di hätte diese Schweinerei beenden und den Roma die Unterstützung geben können, die sie dringend brauchen! Danach folgte ein perverses Schauspiel der SPD, um vor der Bundestagswahl gegen die CDU gut dazustehen: Der SPD-Polizeipräsident befahl den Bullen, eine Demonstration von 300 Roma-Müttern zu „schützen“. Diese Frauen protestierten, nachdem die Presse berichtet hatte, dass die Stadt ihnen ihre Kinder wegnehmen will! Hinter all diesen Schikanen steht die unheilvolle Drohung gewaltsamer Deportationen.

Am 6. Juni entschied die Innenminister-Konferenz in Bremerhaven, dass die Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis bekommen würden. Der Vorsitzende der Konferenz Kuno Böse (CDU) „appellierte“ zynisch an die Flüchtlinge, freiwillig zurückzukehren, und drohte, dass Abschiebungen Ende des Jahres beginnen könnten, wenn die UN-Mission im Kosovo dafür grünes Licht gäbe. Tatsächlich hat die Polizei seit Anfang des Jahres verstärkt in den frühen Morgenstunden Razzien in Wohnungen und Wohnheimen durchgeführt, Familien auseinander gerissen und in einigen Fällen sogar Roma weggeschleppt, die gültige „Duldungs“-bescheide hatten. Die jugoslawische Fluglinie JAT hat regelmäßig abgeschobene Roma von Düsseldorf nach Belgrad transportiert, und wöchentliche Deportations-Flüge der Air Bosna gehen von Berlin-Schönefeld, München oder Hahn nach Pristina. Piloten und andere Flughafen- und Transportarbeiter müssen ihre Macht einsetzen, um *alle* Abschiebungen zu stoppen, und sie müssen auch ihre serbischen und bosnischen Kollegen dafür mobilisieren!

Was die Deportierten erwartet, wird in einem offenen Brief (undatiert) des Centre of Integration, Affirmation and Emancipation of the Roma in Germany, CIAER Roma-Union e. V. Essen, an die Bürger von Düsseldorf beschrieben:

„Die Situation der in Serbien und Montenegro und im Kosovo lebenden Roma ist unerträglich. Sie sind nicht nur polizeilichen Schikanierungen und Misshandlungen, sondern auch Übergriffen auf Leib und Leben von Seiten der Bevölkerung ausgesetzt. Zugang zu Wohnraum und zu sanitären Einrichtungen, Arbeit, Bildung und medizinische Versorgung ist so gut wie ausgeschlossen. Außerdem sind Bewegungsfreiheit und Sicherheit nicht gewährleistet. Ihr niedriger sozialer Status, ihr nicht vorhandener rechtlicher Schutz, ihre elenden Lebensbedingungen und fehlender Zugang zur sozialen Infrastruktur lassen ihre Situation als sehr prekär erscheinen.“

Dzoni Sichelschmidt, Sprecher des CIAER, berichtete auch in einem Interview mit der *jungen Welt* (11. Juni): „Erst kürzlich wurde eine Gruppe von Roma, die in den Kosovo zurückgekehrt war, Opfer eines Granatenanschlags. 19 Menschen kamen dabei ums Leben“.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hat ein dringendes und ureigenstes Interesse daran, die Roma zu verteidigen, denn der Staatsterror gegen die Roma ist ein Rammbock für

Fortgesetzt auf Seite 21



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Mittwoch, 2. Oktober, 18 Uhr

Verteidigt das palästinensische Volk!

Donnerstag, 17. Oktober, 18 Uhr

**Volle Staatsbürgerrechte für
alle Immigranten!**

Donnerstag, 31. Oktober, 18 Uhr

Marxismus und Religion

Donnerstag, 14. November, 18 Uhr

Sozialismus und Krieg

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Streikende Bauarbeiter: „Hoch die internationale Solidarität“

Als Teil der größten Streikwelle in Deutschland seit der Konterrevolution – und teilweise sogar seit der Machtergreifung der Nazis – waren zwei große Streiks besonders bedeutsam. Im Mai zeigten Hunderttausende in der IG Metall organisierte Arbeiter – ethnisch deutsche gemeinsam mit Arbeitern türkischer, kurdischer, griechischer und jugoslawischer Herkunft – mit einer Reihe eintägiger mobiler Streiks klar die potenzielle Macht dieses integrierten Teils der

Arbeiterklasse (siehe „Metallerstreiks rütteln an SPD/Grünen-Regierung“, *Spartakist*-Extrablatt, 4. Juni). Und Ende Juni starteten die in der IG BAU organisierten Arbeiter den ersten nationalen Streik in dieser Industrie seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Streik endete nach einer Woche am 25. Juni und errang von den Bossen eine Lohnerhöhung von 3,2 Prozent und eine weitere Erhöhung von 2,4 Prozent im nächsten Frühjahr.

Besonders bedeutsam war, dass die Baugewerkschaft sich an ausländische und eingewanderte Arbeiter wandte und versuchte, sie zu organisieren. Dies war eine wichtige Entwicklung angesichts der rassistischen, gegen Immigranten gerichteten Hetzkampagne, die von der SPD/Grünen-Regierung betrieben und ständig angeheizt wird, z. B. mit der gegen muslimische Arbeiter und Studenten gerichteten Rasterfahndung. SPD-Kanzler Schröder konkurriert mit dem zutiefst reaktionären CDU-Kanzlerkandidaten Stoiber und der rassistische SPD-Innenminister Schily mit seinem CSU-Herausforderer Beckstein darum, wer der härteste Verteidiger der „öffentlichen Ordnung“ ist, ein Kodewort für rassistischen Bullenterror gegen Immigranten und deren Familien. Wir intervenierten: Die Arbeiterbewegung muss **für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen!** Wie rassistischer Staatsterror als Knüppel gegen die Gewerkschaften benutzt wird, zeigt das kürzliche Beispiel der Baufirma Budexpol. 21 polnische Bauarbeiter, Mitglieder der IG BAU, wurden gefeuert, weil sie sich dem Streik angeschlossen hatten, und dann aus Deutschland rausgeschmissen. Die IG BAU ist dagegen vor Gericht gegangen. Dringend notwendig sind Gewerkschaftsmobilisierungen: **Für sofortige Wiedereinstellung der polnischen Kollegen! Nieder mit dem rassistischen Staatsterror!**

Die Pseudolinke dagegen, besorgt darüber, dass der Streik der Wiederwahl ihrer SPD/Grünen-Regierung schaden könnte, ignorierte die zentralen Fragen dieses Streiks: den notwendigen Kampf gegen den Versuch von Bossen und Regierung, Rassismus zur Spaltung der Streikenden einzu-



Berlin, 31. Mai: IG-BAUler gegen Lohnraub, Rassismus. Kampf gegen rassistischen Staatsterror – Schlüssel für Klassenkampf

setzen. Ein plastisches Beispiel bietet die Gruppe Arbeitermacht (GAM), die *im Nachhinein* sagt: „Gerade weil ausländische Kollegen aktiv einbezogen wurden ... war der Arbeitskampf letztlich erfolgreich“ („Hier regiert die IG BAU“, *neue internationale* Nr. 2, Juli/August 2002). Nun, heute ist dies jedem Arbeiter klar, der am Streik teilgenommen hat. Während des Streiks haben die „Mobilen Solidaritätskomitees“ (MobS) der GAM dies in ihrer Propaganda nicht erwähnt! Der

Grund dafür ist nicht einfach nur, dass die GAM dem Bewusstsein der Arbeiter hinterher tragt, was sowieso schon ein vernichtendes Urteil für eine sich revolutionär nennende Organisation ist. Es steckt etwas viel Handfesteres dahinter. In diesem Artikel taucht weder SPD noch PDS auf, außer in der Bemerkung: „Eine politische Dimension war bislang noch am ehesten spürbar als sozialdemokratisch geprägte Anti-Stoiber-Stimmung.“ Ach ja? Kein Wort davon, dass gerade in Berlin viele Bauarbeiter wütend darüber waren, dass die Streikbrecher eskortierenden Bullen vom SPD/PDS-Senat geschickt worden waren. Kein Wort davon, dass der „Demozug von Warnstreikenden aus den Kitas“ (ebenda), der die Bau-Streikposten unterstützte, eine Demonstration gegen die Lohn- und Sozialraubpolitik des Berliner Senats war. Die GAM verschweigt dies, weil sie Wahlkampfhilfe für die sozialdemokratischen Parteien SPD und/oder PDS betreibt.

Nachfolgend drucken wir unser Flugblatt vom 24. Juni ab, das wir an Streikpostenlinien, bei Gewerkschaftsprotesten und an den Unis verteilten.

Berlin, Potsdamer Platz, 20. Juni: Über 200 streikende Bauarbeiter formierten eine effektive Streikpostenkette vor der Baustelle Beisheim-Center, als Privatbullen in dunklen Anzügen eine Gruppe von portugiesischen Arbeitern auf die bestreikte Baustelle bringen wollten. Auf Deutsch und Portugiesisch wurde über Megaphon an die Arbeiter appelliert, sich nicht für Streikbruch missbrauchen zu lassen. Dieser Streik sei für alle Arbeiter, auch für bessere Bezahlung ausländischer Arbeiter, rief ein Vertreter der IG BAU. Nachdem er aufrief, den Streik zu unterstützen, applaudierten die portugiesischen Arbeiter und weigerten sich, die Baustelle zu betreten. Die streikenden Bauleute jubelten ihnen zu und riefen „Hoch die internationale Solidarität!“. Das zeigt, dass es dabei um weit mehr geht als 4,5 Prozent: Deutsche, ausländische und eingewanderte Arbeiter

Fortgesetzt auf Seite 6

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 5

können nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen werden.

Zur gleichen Zeit, während beim Generalstreik in Spanien 30 Arbeiter verhaftet wurden, fand das Treffen der EU-Regierungschefs in Sevilla statt. Dabei war die deutsche kapitalistische Regierung, geführt von SPD-Kanzler Schröder, in vorderster Front, um die „Festung Europa“ gegen Immigranten aufzurüsten. Wir Spartakisten sagten von Anfang an, dass die EU ein imperialistischer Handelsblock ist, der die Interessen der Ausbeuter auf Kosten der Arbeiterklasse und Unterdrückten besser vertreten soll. Wir treten ein für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Jetzt hat SPD-Bundespräsident Rau das so genannte „Zuwanderungsgesetz“ unterschrieben, dessen rassistische Bestimmungen unter anderem 12-jährigen Kindern verwehrt, bei ihren Eltern zu leben. Dagegen kämpfen wir Spartakisten für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben.

- Gleicher Tariflohn für alle Arbeiter, ob Ost oder West, ausländisch, eingewandert oder deutsch!
- Organisiert die Unorganisierten!
- Polizei raus aus dem DGB!
- Stoppt die Faschisten durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen!
- Rassistischer Staatsterror von SPD/PDS/Grünen bahnt Stoiber/Schill/Möllemann den Weg!
- Keine Stimme für SPD oder PDS!
- Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!

Bei dem Baustreik werden die ausländischen Arbeiter unter massiven Druck gesetzt. Die Drohung mit Entzug der Arbeitsgenehmigung und mit Abschiebung ist eine scharfe Waffe des Staates der Kapitalisten. Sie trifft zunächst ausländische und eingewanderte Arbeiter, richtet sich aber gegen alle Arbeiter. Die ganze Arbeiterklasse muss daher ihre schwächsten Teile verteidigen, um sich selbst verteidigen zu können. Auf allen Baustellen ist die Polizei in Position, um Streikbrecher zu schützen. Sie sind keine „Kollegen“, wie auch von der IG-BAU-Führung gepredigt, sondern der bewaffnete Arm des bürgerlichen Staates, der existiert, um das



Spartakist

Bauarbeiter fordern ausländische Kollegen erfolgreich auf, sich dem Streik der IG BAU anzuschließen

Privateigentum der Kapitalistenklasse und das System der Ausbeutung zu schützen. Wir fordern: Polizei raus aus dem DGB! Die IG BAU wird von den bürgerlichen Gerichten mit einem Bußgeld von 250 000 Euro bedroht, wenn sie Streikbrecher „behindert“. Dieser Angriff des Staates auf die Bau-gewerkschaft erfordert die Solidarität aller Gewerkschaften, um ihn zurückzuschlagen. Weg mit allen Gesetzen gegen die Gewerkschaften und das Streikrecht!

Die streikenden Bauarbeiter erhielten die solidarischen Grüße der warnstreikenden Kolleginnen und Kollegen von ver.di, die mit einem vierstündigen Streik am 20. Juni die KITAS dichtgemacht haben. Sie kämpfen gegen den von SPD und PDS gebildeten Berliner Senat, der versucht, die bankrotte Stadt auf Kosten der Arbeiter und Unterdrückten für die Bourgeoisie zu „sanieren“. Die Privatisierung der KITAS, die durchgepeitscht wird, bedeutet Schließung und Verteuerung. Das treibt arbeitende Frauen aus dem Berufsleben zurück zum Herd. Die bürgerliche Kleinfamilie ist das Hauptinstrument für die Unterdrückung von Frauen. Gerade die Frauen und Kinder ethnischer Minderheiten und Frauen im ärmeren Osten werden am meisten davon betroffen. Für kostenlose Kinderbetreuung höchster Qualität rund um die Uhr!

Manche Arbeiter sagen uns, dass die PDS mit dem Eintritt in den Berliner Senat „nach rechts“ gegangen sei. Doch die PDS hat ihr Ziel immer klar gemacht, den Kapitalismus mitverwalten zu dürfen – halt „sozialer“. Nur, das kapitalistische Wirtschaftssystem funktioniert, um Profit zu maximieren. Die Arbeiterklasse bekommt nur das, was sie erstreitet. Wir Spartakisten kämpfen dafür, den kapitalistischen Staat durch Arbeiterrevolution zu zerschlagen, so dass diejenigen, die den Reichtum produzieren, auch herrschen. Für eine internationale Planwirtschaft! Aufgrund ihrer Planwirtschaft haben wir 1989/90 die DDR gegen die kapitalistische Konterrevolution verteidigt und für eine proletarische politische Revolution gekämpft, um die stalinistische Bürokratie wegzufegen. Die PDS, gebildet aus der zerfallenden stalinistischen Bürokratie, hat die prokommunistischen Arbeiter der DDR in die Konterrevolution geführt. Seitdem versucht die Kapitalistenklasse – nicht zuletzt auf dem Bau –, die ostdeutschen gegen die westdeutschen Arbeiter auszuspielen. Auch Arbeiter aus den durch die Konterrevolution verwüsteten osteuropäischen Ländern werden für Hungerlöhne ausgebeutet. Dieser Streik kann ein machtvoller Schlag gegen diesen Versuch sein, die Arbeiterklasse zu spalten.

Bei den Bundestagswahlen 1998 sagten wir Spartakisten: Keine Stimme für SPD oder PDS! Mit ihrer Losung „Wir sind bereit“ versprach die SPD den Kapitalisten, gegen die Gewerkschaften und gegen Immigranten vorzugehen und Krieg zu führen. All das, wovon wir warnten, ist eingetroffen. Trotzdem ist die Bürokratie, die die Gewerkschaften führt, für die SPD. So hat die IG-Metall-Führung im Mai gehorsam den Streik nach zwei Wochen mit einem Ausverkauf beendet, nachdem Schröder klar gemacht hatte, dass ein lang andauernder Streik seiner Regierung bei den Bundestagswahlen im September den Sieg kosten könnte. Die kriecherische Politik der Gewerkschaftsbürokratie ermutigt die Kapitalisten zu weiteren Angriffen – gegen die Bau- und andere Gewerkschaften, oder wie jetzt gegen die Arbeitslosen.

Der kommende Wahlkampf verspricht eine rassistische und nationalistische Hetzkampagne zu werden, die SPD wetteifert mit

Fortgesetzt auf Seite 21

Kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau!

Nieder mit den Studiengebühren! Nieder mit den Angriffen auf Immigranten, Studenten und Arbeiter!

Wegen der geplanten Einführung von Studiengebühren und des Hochschulmodernisierungsgesetzes, das den Hauch von Mitbestimmung der Studenten an den Hochschulen zunichte machen sollte, ist es diesen Sommer in vielen Städten zu Studentenstreiks gekommen. In Hamburg fanden nach mehreren Vollversammlungen Warnstreiks und Demonstrationen statt. Studenten kämpften gemeinsam mit Schülern gegen den Bildungsabbau und besetzten an der Uni eine Reihe von Gebäuden. Die Entscheidung über die Studiengebühren soll nun im kommenden Semester gefällt werden. Aus diesem Grunde stimmte die Vollversammlung der Studenten dafür, die Protestaktionen nach den Ferien weiter fortzusetzen. Wir fordern: **Nieder mit den Studiengebühren! Nieder mit den Angriffen auf das Bildungssystem!**



Spartakist

Vereinigt die Studenten und Immigranten hinter der Arbeiterklasse!

Die Streiks der Bauarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und der Streik der Bankangestellten für mehr Lohn fanden zur selben Zeit statt wie die Studentenproteste gegen den Bildungsabbau. So kam dann bei den Vollversammlungen die Frage auf, ob man die Kämpfe nicht verbinden sollte, um effektiver zu sein. Es

Hamburg: Spartakist-Jugend bringt Studenten zum IG-BAU-Streik

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

wurde ein Antrag angenommen, für eine Demo der streikenden Bankangestellten zu mobilisieren. Es gab aber auch Gegenstimmen. Ein Student sagte: „Schluss mit dem Solidaritätswahn! Wir werden mehr Leute erreichen, wenn wir nur gegen das Hochschulmodernisierungsgesetz protestieren!“ Er wurde ausgebuht. Die Stimmung vieler Studenten stand auf Streik. Als jemand berichtete, das eine Abordnung der IG BAU auf dem Campus erschienen war und Material überreicht hatte, mit dem man „Türen wirklich dicht bekommt“, wurde das von den Studenten mit Applaus aufgegriffen. Die Arbeiter haben einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Studenten dadurch, dass sie die soziale Macht haben, das heißt, sie produzieren den Reichtum der Gesellschaft. Ihnen werden aber die Früchte ihrer Arbeit gestohlen. Sie können ein strategischer Verbündeter sein, um die Angriffe der Bourgeoisie zu stoppen. Letztendlich sind sie die Kraft, die mit dem kapitalistischen System aufräumen kann.

Wie auch bei den Unistreiks war die Frage von Rassismus beim Baustreik eine der Hauptfragen. So begannen die Streikenden gleiche Löhne für sich und ihre immigrierten Kollegen zu fordern und diese in der IG BAU zu organisieren. Die IG-BAU-Führung versuchte aber den Streik so

schnell wie möglich zu beenden, um SPD/PDS – mit denen sie aufs Engste verbunden ist – den Wahlsieg nicht zu verderben. Sie ist ein Hindernis, die Arbeiter für die breiteren Kämpfe, die notwendig sind, zu mobilisieren. Beispielsweise stimmte der IG-BAU-Vorsitzende Wiesehügel im Bundestag für Schilys Sicherheitspakete (siehe „Hoch die internationale Solidarität“, Seite 5). Die Baustreiks waren Teil einer Streikwelle gegen die verhasste SPD/Grünen-Regierung, um sich die andauernden Angriffe nicht länger gefallen zu lassen und der Bourgeoisie zu zeigen, dass sie nicht mit allem durchkommt, auch wenn die SPD es serviert. Die Bourgeoisie nutzt die SPD und die PDS, um ihre Angriffe gegen möglichst wenig Widerstand der Arbeiter zu führen. Beide, SPD und PDS, sind Parteien mit einer Arbeiterbasis, aber einem bürgerlichen Programm. Der unabhängige Klassenkampf vom Baustreik usw. gegen die Bosse und ihre SPD/Grünen-Regierung im Wahljahr steht im Widerspruch zur parlamentarischen Politik des kleineren Übels der Linken, wonach man SPD/Grüne oder PDS gegen Stoiber unterstützen müsse.

Studenten erklärten uns oft, dass sie die rassistische und arbeiterfeindliche Politik der SPD hassen, aber dachten, die PDS sei eine Alternative. Auf einer Vollversammlung sprach ein Student das aus, was viele dachten: „Unter der PDS in Berlin kann man besser für seine Rechte eintreten.“ Aber die PDS hat in Berlin, wo sie mit der SPD in der Regierung sitzt, neben einem brutalen Kürzungsprogramm die rassistische Rasterfahndung durchgeführt. Im Bundesrat stimmte sie dem rassistischen Zuwanderungsgesetz zu.

Die Spartakist-Jugend intervenierte bei Arbeiterstreiks und bei den Studentenstreiks für die Verbindung dieser Kämpfe, um die Angriffe gemeinsam zurückzuschlagen.

Fortgesetzt auf Seite 8

Unistreik...

Fortsetzung von Seite 7

Denn es sind dieselben Kapitalisten, die die Studiengebühren einführen wollen und die die Arbeiterklasse angreifen und mittels Rassismus spalten wollen. Sie sind der gemeinsame Feind. Aus diesem Grunde mobilisierten wir Studenten zu den Baustreiks und zum Hafenaktionstag am 14. Juni, bei dem Hafenarbeiter gegen geplantes Lohndumping protestierten. Wir trugen Plakate mit der Aufschrift: „Studenten unterstützen die Proteste der Hafenarbeiter“ und wurden mit Jubel empfangen.

Auf den Vollversammlungen redete auch der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) davon, die Kämpfe der Studenten mit den Kämpfen der streikenden Arbeiter auf den Baustellen zu verbinden, und las eine Grußbotschaft der IG BAU vor. Der RSB empfiehlt folgende Strategie:

„Wo der wirtschaftliche Druck nicht ausreicht, müssen wir mit politischem Druck nachhelfen.

Die StudentInnen in NRW haben gezeigt, was politisch möglich ist. Denn der wirtschaftliche Druck bei einem Unistreik ist gleich Null. Wenn aber Tausende von StudentInnen die Rheinbrücken in Köln besetzen oder 35 000 Studierende in Düsseldorf zum Landtag marschieren, dann wird es für die SPD ernst. Denn am 22. September sind Bundestagswahlen!“ („Jetzt geht's los!“, Flugblatt des RSB, 1. Juni)

Der RSB ruft hier auf zu mehr Militanz, um die SPD kurz vor den Wahlen dazu zu kriegen, die Forderungen der Studenten durchzusetzen. Doch damit trägt der RSB dazu bei, die Kämpfe im politischen Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten. Doch solange die Kapitalisten die Macht haben, werden sie ihre Angriffe durchführen. In diesem System, in dem eine Hand voll Kapitalisten die große Masse der Bevölkerung ausbeutet, gibt es keinen Platz für kostenlose Bildung auf höchstem Niveau für alle. Vielmehr ist zuviel Bildung der Ausgebeuteten potenziell gefährlich für die Herrschaft der Ausbeuter.

Studenten/Immigranten/Arbeitermobilisierung gegen rassistischen Staatsterror!

Als wir mit dieser Losung in die Vollversammlungen intervenierten, sagten einige Studenten, sie seien natürlich auch gegen Rassismus, aber verstünden nicht, wieso das für uns gerade in den Studentestreiks so wichtig ist. Die Studiengebühren treffen aber zuallererst Studenten aus der Arbeiterklasse und immigrierte Studenten. Immigrierte Studenten müssen in Billigjobs noch länger arbeiten, nicht nur um sich über Wasser zu halten, sondern auch noch um die Studiengebühren bezahlen zu können. Das rassistische Arbeitsverbot, das Jobs deutschen und EU-Studenten vorbehält, macht es ihnen zusätzlich schwer, eine halbwegs vernünftige Arbeitsstelle zu bekommen und zu behalten. Es war für jeden zu sehen, dass bei der Großdemo gegen Bildungsklau in den Schülerkontingenten – im Gegensatz zu denen der Studenten – jede Menge von Jugendlichen ethnischer Minderheiten waren. Die wenigen Kinder eingewanderter Eltern, die es überhaupt an die Uni geschafft haben, werden zusätzlich noch dem Terror des rassistischen Staats ausgesetzt. So gerieten allein in Hamburg über 900 Studenten in das Fadenkreuz der Rasterfahndung und wurden als potenzielle Terroristen gebrandmarkt.

Am 21. Februar organisierten wir an der Hamburger Uni einen Einheitsfrontprotest zusammen mit Immigrantennorganisationen unter den Losungen: „Nein zur rassistischen Rasterfahndung! Nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd!“ Der von Grünen dominierte AStA weigerte sich damals zu mobilisieren, weil dieser Protest direkt gegen ihre

SPD/Grünen-Regierung und die PDS gerichtet war. Damit ist der AStA ein Hindernis, alle Studenten gemeinsam für ihre Interessen zu mobilisieren. Während sich die Proteste in Nordrhein-Westfalen direkt gegen die SPD/Grünen-Regierung richteten, wettete der AStA in erster Linie gegen den „Rechtssenat“ von CDU und Schill in der Hoffnung, ein paar Kreuze für die Grünen (oder SPD, PDS) bei den Wahlen herauszuschlagen zu können. Aber es waren SPD/Grüne und PDS, die Schill und Stoiber den Weg bahnten durch ihre rassistische Politik und ihre Kürzungsangriffe. Wir treten dafür ein, die Studenten zu mobilisieren, damit sie die Studiengebühren durch Streiks zurückschlagen und ihre Kämpfe mit denen der streikenden Arbeiter verbinden. **Keine Stimme für SPD, PDS oder Grüne!**

Die Bourgeoisie will jetzt mit Studiengebühren die Universitäten noch weiter von Arbeiterkindern und ethnischen Minderheiten sozial säubern. Es ist notwendig, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die in die sozialen Kämpfe, die stattfinden, mit einem Programm interveniert, das die Studenten und alle Unterdrückten hinter der sozialen Macht der Arbeiter vereint, und zwar unabhängig von den Vertretern des bürgerlichen Staates. Sie muss Studenten und Arbeiter von SPD und PDS brechen, die sie daran hindern, mit diesem widerlichen System aufzuräumen. Nur so kann es kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau geben. Und auch nur so kann die Wurzel des Rassismus, der Kapitalismus, beseitigt werden. Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, Jugendliche für so ein Programm zu gewinnen!■



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Hamburg

Donnerstag, 26. September, 18 Uhr

Verteidigt das palästinensische Volk!

Montag, 28. Oktober, 18 Uhr

**Hände weg vom Irak! Bundeswehr, NATO-,
US-, UN-Truppen raus aus Afghanistan,
dem Balkan und dem Nahen Osten!**

Donnerstag, 14. November, 18 Uhr

**Was ist der Staat?
Revolution kontra Reform**

Donnerstag, 28. November, 18 Uhr

**Volle Staatsbürgerrechte für alle
Immigranten! Brecht mit SPD und PDS!**

Donnerstag, 19. Dezember, 18 Uhr

**Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg
Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!**

Donnerstag, 9. Januar, 18 Uhr

**Für Frauenbefreiung durch sozialistische
Revolution!**

Donnerstag, 30. Januar, 18 Uhr

**Verteidigt China gegen innere und äußere
Konterrevolution!**

Treff: Universität Hamburg, vor der Teestube im Pferdestall
Allendeplatz 1

Kontakt und Lesematerial: (0 40) 32 36 44

Wie die antisemitische deutsche Bourgeoisie dem Staat Israel hilft

Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus

Als im Mai der stellvertretende FDP-Vizevorsitzende Möllemann den Horror des kriminellen Terrors, den die zionistischen Herrscher Israels gegen das palästinensische Flüchtlingslager Dschenin verübt hatten, dafür benutzte, sein antisemitisches Programm zu verbreiten, fegte ein Sturm der Entrüstung durch das Land. Die SPD/Grünen-Regierung nutzte diese gerechtfertigte Wut für ihre eigenen Zwecke aus. So kritisierte Schröder die FDP, mit Antisemitismus herumzuspielen, wodurch die SPD in den Augen der arbeitenden Bevölkerung eine stärkere antifaschistische Glaubwürdigkeit bekommen sollte. Aber Schröders Behauptung, die Regierung des deutschen Imperialismus sei ein Gegner des Antisemitismus, ist reinste Heuchelei. Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 stieg die Anzahl antisemitischer Anschläge kontinuierlich an. Es war die kapitalistische Konterrevolution, unterstützt von SPD und PDS, die zur Verwüstung in Ostdeutschland führte und damit eine Brutstätte für das Wachstum der Nazipest schuf. Heute terrorisieren die Nazis hauptsächlich Immigranten und Linke. Doch die Bourgeoisie hält die Nazis in Reserve, um sie gegen einen zukünftigen Aufstand der Arbeiterklasse loszulassen, der die Herrschaft der Bourgeoisie bedrohen könnte. Heute gibt es fast jede Woche Nazi-Schändungen jüdischer Friedhöfe. Jüngstes Beispiel dafür, wie der kapitalistische Staat den Faschisten hilft, ist der Skandal, dass zwei V-Leute in Brandenburg die Verbreitung von Nazi-CDs organisierten, auf denen es einen offenen Aufruf zur Ermordung des Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, gibt. Diese SPD/Grünen-Regierung ist wirklich kein Gegner von Antisemitismus oder Faschismus!

Michel Friedman – der auch ein populärer Talkmaster ist – wurde von Möllemann angegriffen mit der Aussage, dass Friedmans arrogantes Verhalten Antisemitismus provoziere. Dies ist ein Neuaufguss der rassistischen Lüge, dass Juden sich ihre Verfolgung selbst zuzuschreiben hätten. Aber Schröders und Fischers Erklärungen gegen Antisemitismus sind nicht nur dazu gedacht, Möllemann anzuprangern. Die Regierung will Palästinenser und diejenigen, die das palästinensische Volk gegen den israelischen Staat verteidigen, dadurch einschüchtern, dass sie die Lüge verbreiten, Anti-



Zydowski Instytut Historyczny Warszawa

1943: Nazis treiben jüdische Bevölkerung im Warschauer Ghetto zur Deportation in die Todeslager zusammen

zionismus sei gleich Antisemitismus! Die pseudo-linken Antinationalen, die diese Lüge nachplappern, beteiligten sich an Demonstrationen zur Unterstützung Israels, während Israels Armee palästinensische Männer, Frauen und Kinder ermordet und deren Städte besetzt hat. Diese so genannten Linken unterstützen die deutsche Bourgeoisie und deren Handlanger der SPD/Grünen-Regierung, indem sie die blutige Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den zionistischen Staat rechtfertigen sowie den rassistischen Terror hierzulande, der sich gegen Palästinenser richtet und allgemeiner gegen Immigranten türkischer, kurdischer oder arabischer Herkunft.

Wären nicht die ungeheuren Verbrechen des deutschen Imperialismus gegen die jüdische Bevölkerung Europas gewesen, dann hätte es wahrscheinlich auch keinen zionistischen Staat im historischen Palästina gegeben. Die deutsche herrschende Klasse lieferte durch die Herrschaft von Hitlers Nazis die soziale Basis für die reaktionäre zionistische Bewegung – durch das systematische Abschlachten von sechs Millionen Juden und die Schaffung von Millionen verzweifelten Flüchtlingen, die außer nach Palästina nirgendwo hingehen konnten. Sicherlich tragen die Zionisten, die „demokratischen“ Imperialisten und die Stalinisten alle auf die eine oder andere Art Verantwortung: Die Zionisten kollaborierten mit den Faschisten, die „demokratischen“ Imperialisten verschlossen jüdischen Flüchtlingen ihre Türen, die Stalinisten verrieten die revolutionären und emanzipatorischen Ziele der bolschewistischen Revolution und stimmten in der UNO für die Teilung Palästinas. Aber im Wesentlichen war es der deutsche Imperialismus, der es der winzigen zionistischen Bewegung ermöglichte, die Fußsoldaten zu bekommen, die sie andernfalls nie hätte bekommen können trotz Jahrzehnten von Bekehrungsarbeit und Kolonisierung. Die Menschen, die schließlich die hebräische Nation wurden, waren *in ihrer Mehrheit keine* ideologischen Zionisten, sondern verzweifelte Menschen, entwurzelt aus den Ländern, in denen ihre Vorfahren Jahrhunderte lang gelebt hatten und in denen sie – wie zum Beispiel in Deutschland und Österreich – großenteils assimiliert waren.

Aber die „besondere Beziehung“ ist hier noch nicht zu
Fortgesetzt auf Seite 10

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 9

Ende: Deutschland (zuerst Westdeutschland und später das vereinigte Land) hat Israel seit den frühen 50er-Jahren große Geldsummen als „Wiedergutmachung“ gezahlt. Zwar ist dieser Betrag heutzutage pro Jahr ein bisschen weniger als ein Viertel der 5 Milliarden Dollar, die die USA zahlen, aber es ist immer noch ein ganz hübscher Betrag. Noch grundlegender: In den ersten Jahren des Staates Israel war deutsche Hilfe entscheidend, um die israelische Wirtschaft aufzubauen. Ebenso hat der deutsche Imperialismus Israel auf militärischer Ebene seit den 50er-Jahren unterstützt. Zum Beispiel besaß Israel seit den 60er-Jahren U-Boote, die nach deutschen Bauplänen gefertigt worden waren. Zwischen 1999 und 2001 wurden Israel drei U-Boote gespendet. Diese U-Boote sind in der Lage, Atomraketen abzufeuern. Auf Generalstabsebene existiert ein permanenter Austausch zwischen Bundeswehr und israelischer Armee. Der frühere Inspekteur des Heeres Helmut Willmann prahlte am 10. April in einem Interview im Deutschlandfunk: „Ich glaube schon, dass wir inzwischen nach der US Army der wichtigste Partner des israelischen Heeres sind.“ Die Wahrheit ist, dass Deutschland heute in seiner ungehemmten Unterstützung des zionistischen Staates nur noch von den Vereinigten Staaten übertroffen wird.

Deutsche Bourgeoisie brachte Hitler an die Macht

Die deutsche Bourgeoisie behauptet, ihre Unterstützung für Israel habe etwas damit zu tun, „aus der Geschichte gelernt zu haben“. Die Fassade von „Nie wieder Auschwitz“ wurde wiederholt und zynisch von der SPD/Grünen-Regierung benutzt, um eine deutsche Beteiligung an imperialistischen Kriegen zu rechtfertigen. Massenveranstaltungen wie der „Aufstand der Anständigen“ im November 2000 hatten das Ziel, die Lüge zu verbreiten, dass die deutsche Bourgeoisie einen sauberen Bruch mit ihren Nazi-Vorläufern vollzogen habe und dass daher die arbeitende Bevölkerung dem deutschen Imperialismus ihr Vertrauen schenken solle. Die Antinationalen, die die Verteidiger der Palästinenser

gegen den zionistischen Terror als „Antisemiten“ denunzieren, sind Apologeten für die imperialistische und rassistische Schröder-Regierung. Sie machen die Verteidiger des unterdrückten palästinensischen Volkes als Quelle des Antisemitismus aus und leugnen dadurch die wirkliche Quelle des Antisemitismus in Deutschland, nämlich die Kapitalistenklasse, die dieses Land seit eineinhalb Jahrhunderten beherrscht. Antisemitismus und Rassismus sind untrennbare Bestandteile des kapitalistischen Systems. Antisemitismus ist ein Sammelpunkt für kapitalistische Reaktion. Und die Kapitalistenklasse benutzt Rassismus für ihr System des Teilens und Herrschens gegen die Arbeiterklasse. Antisemitismus, Rassismus und Faschismus können nur vernichtet werden, indem eine sozialistische Arbeiterrevolution der kapitalistischen Herrschaft ein Ende bereitet.

Es war die deutsche Bourgeoisie, die dem Hitler-Faschismus die Staatsmacht gab, um Deutschland vor Chaos und einem sozialen Zusammenbruch zu „schützen“. Die Weimarer Republik war das Produkt der Niederlage der proletarischen Revolution 1918/19. Die SPD, die während des Ersten Weltkriegs die deutsche Bourgeoisie unterstützt hatte, vernichtete die Führung der durch die bolschewistische Oktoberrevolution 1917 inspirierten Arbeiterklasse. Um die Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten, ließ die SPD den Terror der Freikorps gegen die Arbeiterklasse los, sie ist verantwortlich für die Ermordung der herausragenden revolutionären Führer der jungen Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Der Kern dieser Freikorps war faschistoid und wurde später zu Nazis. 1923 spitzte sich die Klassenpolarisierung in Deutschland erneut in einer revolutionären Situation zu, in der es möglich gewesen wäre, der Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland ein Ende zu bereiten. Aber die KPD-Führung versagte darin, die revolutionäre Gelegenheit zu ergreifen, und verschaffte damit der Weimarer Republik eine zusätzliche kurze Lebensspanne.

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1928/29 spitzte sich die Klassenpolarisierung in Deutschland erneut zu, angefangen dadurch, dass Millionen Arbeitslose geschaffen wurden, als Deutschlands Industrieproduktion um die Hälfte sank. Und es gab einen Grund dafür, warum sich die herrschende Klasse den Faschisten zuwandte. Der Grund war nicht notwendigerweise eine Identifikation mit dem Programm der Nazis, jeden einzelnen Juden zu ermorden. Der Grund war eher, dass sich die Nazis als fähig erwiesen, auf den Straßen die Oberhand zu behalten. Zwar wuchsen in dem Zeitraum, als die Reihen der Nazis anschwellen, auch die Reihen der Kommunisten, aber die SA-Banden wussten, wie man mit den Arbeitern und ihren Organisationen – kommunistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche, politische, kulturelle usw. – „fertig wird“. Nachdem sowohl der Militarismus des Kaisers als auch die Weimarer Demokratie gescheitert waren, finanzierte und unterstützte die Bourgeoisie, die sich immer der Gefahr einer proletarischen Revolution bewusst war, die Nazis. Es war nicht so, dass die deutsche Bevölkerung die Nazis „akzeptierte“. Die SPD-Führer weigerten sich, die Arbeiterklasse gegen Hitler zu mobilisieren, da sie befürchteten, die Arbeiter würden nicht bei einem Sieg über Hitler Halt machen, sondern den Kapitalismus insgesamt stürzen wollen. Die SPD predigte den Arbeitern Vertrauen in Reichspräsident Hindenburg, der seinerseits 1933 Hitler zum Kanzler ernannte. Die KPD-Führung unter Thälmann weigerte sich, die SPD, die sie als „sozialfaschistisch“ bezeichnete, in eine Einheitsfront zu zwingen und die Nazis nach dem Prinzip „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ zu stoppen. Wenn die KPD das getan hätte, hätte das sozialdemokratische Arbeiter von ihren Irreführern brechen und für einen Kampf um die proletarische Staatsmacht gewinnen können. Stattdessen lullten



Spartakist

Berlin, 19. September 1990: Spartakist-Protest gegen Einwanderungsverbot gegen sowjetische Juden



Der Spiegel

Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, dem heutigen deutschen Auto- und Rüstungsgiganten DaimlerChrysler Holocaust...

Fortsetzung von Seite 11

Schriftsteller Amos Alon spießte dies auf, als er schrieb: „Das ritualisierte Lippenbekenntnis zur Schuld dient dazu, dem neuen Nationalismus und dem neuen Fremdenhaß ein gutes Gewissen zu verschaffen“ (*New York Times Magazine*, 26. Januar 1997).

Das schändliche Haawara-Abkommen

Die Beziehungen zwischen dem deutschen Imperialismus und dem Zionismus reichen weiter zurück als die Entschädigungszahlungen, die im September 1952 begannen. Sogar schon als die Nazis an die Macht kamen, sahen die Zionisten in ihnen eine potenzielle Kraft zur Verwirklichung ihres Traums von einem „jüdischen Heimatland“. In einem gewissen Sinne teilen Faschismus und Zionismus eine gemeinsame Vision eines extremen Nationalismus. Die deutsche Nation wurde nicht unter dem Banner von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ aufgebaut, sondern unter dem Stiefel der preußischen Reaktion; der deutsche Nationalismus und Chauvinismus hat immer in „Rasse“ und „Blut und Boden“ geschwelgt. Im Artikel „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“ erklärten wir: „Faschismus ist einfach der extremste, der konsequenteste Ausdruck von solchem Chauvinismus, er verabscheut alles, was über die Nation hinausgeht.“ Ähnlich legt der Zionismus großen Wert auf Begriffe wie „Blut“ und „Reinheit“. In *Zionism in the Age of Dictators* [Zionismus im Zeitalter der Diktatoren] zitiert Lenni Brenner folgendes geheime zionistische Memorandum an das Nazi-Regime *nach* der Einführung der Nürnberger Gesetze 1935:

„Unsere Anerkennung der jüdischen Nationalität legt die Basis für ein klares und aufrichtiges Verhältnis zum deutschen Volk und seinen nationalen und rassischen Realitäten. Gerade weil wir diese Grundlagen nicht verfälschen wollen, weil auch wir gegen Mischehen sind und für die Erhaltung der Reinheit der jüdischen Gruppe... Was die praktischen Ziele betrifft, so hofft der Zionismus, sogar mit einer Regierung zusammenarbeiten zu können, die Juden gegenüber grundlegend feindlich eingestellt ist.“

Brenner zitiert auch den jungen Martin Buber, einen *liberalen* Zionisten, der sagte: „Blut ist eine tief verwurzelte nährende Kraft“; andere seiner Zeitgenossen stellten die Juden dar als „eine reinblütige Nation, unbeschützt von Krankheiten des Exzesses oder der Immoralität“.

Selbstverständlich sind Faschismus und Zionismus *nicht* das Gleiche. Aber es gab gemeinsame Interessen zwischen ihnen, hauptsächlich ihren jeweiligen Nationalismus betreffend. Die Faschisten wollten die Juden aus Europa raus haben, und das wollten die Zionisten auch.

Tom Segev schreibt in seinem machtvollen Buch *Die siebte Million*, dass kurz nach Hitlers Aufstieg zur Macht ein zionistischer Führer, Arthur Ruppin, Berlin besuchte, „um diese günstige Gelegenheit zu nutzen und mit den Nationalsozialisten über die Emigration deutscher Juden und den Transfer ihres Eigentums nach Palästina zu verhandeln“. In Berlin empfahl Georg Landauer, ebenfalls ein erfahrener zionistischer Führer, dass Ruppin Jena besuchen und dort Hans F.K. Günther treffen solle, einen der führenden Rassen-theoretiker der Nazis. Denn, so Segev weiter: „Das wäre für Ruppin sicherlich interessant, weil er sich doch selbst schon mit den Ursprüngen der ‚jüdischen Rasse‘ beschäftigt und dabei insbesondere nach einer Verbindung zwischen körperlichem Erscheinungsbild und geistigen Merkmalen der Juden geforscht habe.“ Am 7. August 1933 nahm Ruppin an einer Sitzung im deutschen Finanzministerium teil, wo eine Übereinkunft zusammengestückelt wurde. Jedem Juden, der nach Palästina emigrierte, sollte erlaubt werden, 1000 Pfund Sterling (etwa 20000 Reichsmark) in Fremdwährung mitzunehmen und Waren im Wert von 20000 Mark oder sogar noch mehr nach Palästina zu verschiffen, wobei die Finanzen von jüdischen und deutschen Treuhänderfirmen geregelt werden würden. Segev schlussfolgert:

„Das Haawara-Abkommen – der hebräische Begriff für Umsiedlung wurde auch in den NS-Dokumenten verwandt – beruhte auf den einander ergänzenden Interessen der deutschen Regierung und der zionistischen Bewegung: Die Nazis wollten die Juden aus Deutschland hinausdrängen; die Zionisten wollten sie gerne in Palästina haben. Ein ähnliches wechselseitiges Interesse bestand zwischen den Zionisten und den deutschen Juden allerdings nicht. Die meisten deutschen Juden wären lieber in ihrem Heimatland geblieben.“

Über 100000 osteuropäische Juden entkamen nach Palästina, aber das schändliche Haawara-Abkommen rettete schließlich nur 20000 Juden von einer Bevölkerung von 500000 in Deutschland und 200000 in Österreich. Durch den Transfer von über 30 Millionen Dollar nach Palästina erwies sich das Abkommen, so Segev, „für die damals fast bankrotte Jewish Agency letztlich als wichtige Stütze, die neuen Auftrieb gab“.

Zusätzlich zum Haawara-Abkommen mit den Nazis arbeiteten die Zionisten einen gemeinsamen Plan mit den britischen Herrschern Palästinas aus, wie die Quote an Einwanderungsbescheinigungen zu verteilen war, die die Briten alle sechs Monate vergaben. Das hieß, dass die Zionisten auswählten, welchen verzweifelten Flüchtlingen es erlaubt sein sollte, nach Palästina zu kommen. Dies geschah vermittels der „als Vertretung des Jischuw anerkannte[n] Jewish Agency“ (Jischuw ist der Begriff, der vor der Gründung des Staates Israel zur Beschreibung der jüdischen Gemeinde in Palästina benutzt wurde). Segev schreibt:

„Auch die Jewish Agency hielt es natürlich für erforderlich, in Palästina eine jüdische Majorität zu schaffen, wollte dies aber durch eine selektive Immigration erreichen und nicht durch Massenevakuierung. Die in ihr dominierenden Zionisten aus der Arbeitspartei meinten, es müsse eine neue Gesellschaft geschaffen werden, die



Sovfoto

Rote Armee befreit Überlebende des Todeslagers Auschwitz

sich grundlegend von der bisherigen, durch das Diasporadasein geprägten unterscheide... Deshalb teilten sie Einwanderungsgenehmigungen vorzugsweise an Personen aus, die bei diesem ländlichen Aufbauprogramm eine Rolle spielen konnten: gesunde, junge Zionisten, die im Idealfall schon eine landwirtschaftliche Ausbildung mitbrachten oder doch zumindest bereit waren, auf dem Lande zu arbeiten.“

Als 1937 eine amerikanische Organisation die Freilassung von etwa 120 Juden aus dem Konzentrationslager Dachau arrangierte, schrieb ein Repräsentant der Jewish Agency an einen seiner Kollegen, dass sich unter diesen Menschen „auch eine Anzahl befinden könnte, deren Einwanderung in Palästina unter politischen Gesichtspunkten nicht gerade als erwünscht zu betrachten wäre“. Er befürchtete, dass darunter viele Sozialisten und Kommunisten sein könnten.

In einem erschütternden Absatz beschreibt Tom Segev die Reaktion zionistischer Führer auf die Tatsache, dass viele derjenigen, die aus Deutschland und Österreich kamen, nicht ihrem Ideal des „gesunden Zionisten“ entsprachen:

„Die Frage war, was man mit jenen Flüchtlingen machen sollte, die weder Zionisten waren noch dafür geeignet schienen, beim Aufbau der neuen Gesellschaft in Palästina zu helfen. ‚Gott allein weiß, wie es dem armen kleinen Land Israel möglich sein soll, diesen Strom von Menschen aufzunehmen und daraus mit einer gesunden Sozialstruktur hervorzugehen‘, schrieb Chaim Weizmann. Die deutsche Einwanderervereinigung *Hitachdut Oleij Germania* (HOG) beschwerte sich, die Vertreter der Jewish Agency in Berlin gäben Einwanderungsgenehmigungen an Invaliden aus. Das aus Deutschland kommende ‚Menschenmaterial‘ werde immer schlechter, klagte die Hitachdut nach einem knappen Jahr nationalsozialistischer Herrschaft; diese Menschen seien zum Arbeiten weder bereit noch in der Lage und benötigten Sozialhilfe. Ein Jahr später schickte die Vereinigung nach Berlin eine Liste mit Namen von Personen, die man aus ihrer Sicht nicht nach Palästina hätte schicken dürfen. Henrietta Szold, die die Sozialarbeitsabteilung der Jewish Agency leitete, protestierte ebenfalls wiederholt gegen die Einreise kranker und bedürftiger Immigranten. Hin und wieder verlangte Szold, manche dieser ‚Fälle‘ nach Nazi-Deutschland zurückzuschicken, damit sie dem Jischuw nicht zur Last fielen.“

Eine solche Haltung fand man auch in der Spitze der arbeitervonzionistischen Führung, nicht zuletzt bei David Ben Gurion. Und sie alle stimmten auch darin überein, dass es

für jüdische Flüchtlinge besser sei, zu sterben, als in irgendein anderes Land als Palästina zu entkommen. Ben Gurion erklärte einmal: „Wenn ich wüßte, daß es durch Transporte nach England möglich wäre, alle [jüdischen] Kinder aus Deutschland zu retten, durch Transporte nach Palästina aber nur die Hälfte von ihnen gerettet werden könnte, würde ich mich für letzteres entscheiden.“ Segev bemerkte, nach den „Kristallnacht“-Pogromen „meinte Ben Gurion, daß das ‚menschliche Gewissen‘ verschiedene Länder dazu bringen könnte, ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zu öffnen. Er sah darin eine Bedrohung und warnte: ‚Der Zionismus ist in Gefahr!‘“ Die Zionisten arbeiteten sehr eng mit den westlichen Regierungen zusammen, um sicherzustellen, dass nur wenige Flüchtlinge dorthin in Sicherheit gelangen konnten.

In den Vereinigten Staaten wurde die Einwanderungsquote für Juden nicht heraufgesetzt, vielmehr wurde vom Staat sichergestellt, dass sie nur zu zehn Prozent erfüllt wurde. Von 1933 bis 1945 haben die USA nur 132.000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen, Britannien einige Zehntausend. Die damals trotzkistische Socialist Workers Party führte gegen die US-Regierung Kampagnen für die Aufnahme der vor den Nazis Flüchtenden durch. Die bürgerlichen jüdischen Organisationen *unterstützten* die US-Regierung dabei, die jüdischen Flüchtlinge draußen zu halten.

Die rechten zionistischen Revisionisten, unter denen viele Faschisten waren, hatten ihre eigenen engen Beziehungen zu den Faschisten in Europa. Sie hatten schon seit längerer Zeit Sympathien für Benito Mussolinis Faschismus. 1928 hatte Abba Achimeir, ein bekannter revisionistischer Journalist, eine regelmäßige Kolumne in der Zeitung *Doar Hajom* mit dem Titel „Aus dem Notizbuch eines Faschisten“. Vier Jahre später stand Achimeir in Palästina vor Gericht wegen Störung einer öffentlichen Vorlesung an der Hebräischen Universität. Der Staatsanwalt verglich dies mit Störungen durch Nazis in Deutschland. Der Verteidiger Zwi Eliachu Cohen antwortete: „Der Hinweis auf die Nazis geht zu weit. Wenn es bei Hitler keinen Antisemitismus gäbe, hätten wir nichts gegen seine Weltanschauung. Hitler hat Deutschland gerettet.“ Die Zeitung der Revisionisten *Hasit Haam* pries Cohens „brillante“ Rede. Dieses Lob war zu einem großen Teil von Antikommunismus motiviert. Ein

Fortgesetzt auf Seite 14

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 13

paar Wochen nach Hitlers Machtergreifung erklärte *Hasit Haam*: „Hitler hat uns immer noch nicht soviel Unheil gebracht wie Stalin.“ Der Artikel fuhr fort: „Sozialdemokraten aller Couleur halten Hitlers Bewegung für eine leere Schale“, aber „wir glauben, daß es neben der Schale auch einen Kern gibt. Die antisemitische Schale wird fallen, nicht aber der antimarxistische Kern.“

Eine Weile lang nach der Machtergreifung der Nazis war die rechte zionistische Jugendgruppe Betar die einzige Organisation, der die Nazis erlaubten, offen in Berlin zu arbeiten. Sie hatten die Erlaubnis, ihre Uniformen zu tragen, wozu Braunhemden gehörten, und Propaganda zu verbreiten. Als die deutsche Betar-Organisation ihren Namen in Herzlia änderte – nach einer Spaltung mit dem revisionistischen Führer Jabotinsky in Palästina –, funktionierte sie weiterhin unter dem Schutz der Gestapo. In Österreich arbeiteten sie auch nach dem „Anschluss“ weiter, was regelmäßigen Kontakt sowohl mit der Gestapo als auch direkt mit Eichmann bedeutete. Die revisionistische paramilitärische terroristische Irgun bot noch in den 40er-Jahren Männer an, die für das faschistische Italien gegen Britannien kämpfen sollten. Als sich die Irgun ein Jahr später spaltete, bot ihr Ableger unter Führung von Avraham Stern, die Stern-Bande, Männer an, die für Nazi-Deutschland gegen Britannien kämpfen wollten.

Die gleichen zionistischen Führer, die heute im Namen des jüdischen Volkes eine mörderische Politik gegen die Palästinenser durchführen, kollaborierten mit dem Nazi-Völkermord gegen die Juden für die Sache des zionistischen Vaterlands. Die Existenz des zionistischen Staates bedeutet nicht nur die Unterdrückung der Palästinenser, sondern auch letzten Endes eine Todesfalle für Juden, von denen fünf oder sechs Millionen umringt sind von über 150 Millionen feindlichen Arabern. Daher muss der „jüdische Staat“ wie eine Garnison sein, ein militarisierter Bunker-Staat. Zionismus ist Nationalismus, der zu einer Zeit geboren wurde, als der Nationalstaat zu einem reaktionären Hindernis für eine fortschrittliche Entwicklung wurde. Von Anfang an musste er sich auf imperialistische Schirmherrschaft verlassen, vom Osmanischen Reich über das britische Empire und westeuropäische imperialistische Mächte bis zu den USA.

Wie deutscher Imperialismus Israel mit aufbaute

Ein wohldurchdachtes Dokument mit dem Titel „The Class Character of Israeli Society“ [Der Klassencharakter der israelischen Gesellschaft], herausgegeben von der radikalen, antizionistischen israelischen Sozialistischen Organisation (besser bekannt als Matzpen) und veröffentlicht in *The Other Israel* ([Das andere Israel] 1972), stellt fest: „Israel ist ein einzigartiger Fall im Nahen Osten; es wird vom Imperialismus finanziert, aber nicht ökonomisch von ihm ausgebeutet“ (Hervorhebung im Original). Israel ist ein Gendarm für den Imperialismus in der Region. Es ist zu simpel (und vielleicht befriedigend für arabische Nationalisten), einfach zu behaupten, Israel sei ein „Außenposten des Imperialismus“. Aber obwohl Israel sicherlich seine eigenen unabhängigen Bestrebungen hat und eine regionale Macht ist, ist es auch zu vereinfacht, den enormen Druck auf die israelische Gesellschaft, nämlich imperialistische Paten und deren Unterstützung zu haben, abzutun. Israels Manövrierfähigkeit im Nahen Osten ist beschränkt durch das Wissen der zionistischen Herrscher, dass sie ohne imperialistische Unterstützung von den umgebenden arabischen Regimen besiegt werden könnten (oder die Zionisten könnten die Region in einen atomaren Holocaust stürzen) – die arabischen Regime könnten sehr wohl in der Lage sein, militärischen Nie-



Arthur Grace

Bitburg, 1985: Führer Westdeutschlands und der USA ehren SS-Mörder, Symbol antisowjetischer Allianz

derlagen standzuhalten, was sie auch schon getan haben, größtenteils wegen ihrer großen Bevölkerungszahl und Rohstoffquellen; aber falls Israel, mit seinem Siedlercharakter, seiner kleinen Bevölkerung und sehr wenigen Rohstoffen, auf seinem eigenen Territorium eine militärische Niederlage hinnehmen müsste, könnte dies sehr wohl zu einer Umkehrung der Bedingungen der Unterdrückung führen.

Und hier kam in der frühen Geschichte des zionistischen Staates Westdeutschland ins Spiel. Kurz nach seiner Geburt hatte Israel, arroganterweise „im Namen aller Juden“, von Westdeutschland Entschädigungen für den Holocaust gefordert. Diese Forderung wurde gestellt sowohl im Namen der Jewish Agency und anderer Frontorganisationen für die israelische Regierung als auch im Namen der Regierung selbst. Zuerst war die deutsche Regierung zurückhaltend, aber der Vorteil, einen gewissen Betrag an Entschädigungen zu zahlen, erwies sich als sehr nützlich für die deutsche herrschende Klasse bei ihren Bemühungen, sich wieder in die westliche Welt zu integrieren. Zwar gingen Auseinandersetzungen weiter, aber sie drehten sich eher um die spezifische zu zahlende Summe als um das Prinzip der Zahlungen selbst. Es ist wert, darauf hinzuweisen, dass der erste deutsche Politiker, der Entschädigungen unterstützte, Kurt Schumacher von der SPD war. Er und später Carlo Schmidt sowie Adolf Arndt (beide SPD) waren in den Bundestagsdebatten die führenden Redner für Wiedergutmachung.

Es gibt keinen wirklichen Weg, den Überlebenden des Holocaust gerechte Entschädigung zu verschaffen. Doch selbstverständlich sind wir dafür, dass die Überlebenden des Holocaust von der deutschen Regierung alles bekommen, was sie nur irgendwie bekommen können. Die drei Milliarden Mark „Entschädigungen“ sollten die Kosten abdecken, die dem Staat Israel daraus entstanden, Juden zu integrieren, die nach Israel und Palästina emigriert waren. Dem zionistischen Staat Israel finanzielle Unterstützung zu geben unter dem Deckmantel von Entschädigung hat nichts zu tun mit Entschädigung für die Überlebenden des Holocaust, und deshalb sind wir dagegen.

Es ist interessant, dass ursprünglich alle Versuche Israels, von Deutschland Reparationen zu bekommen, im Geheimen stattfanden. Viele Überlebende des Holocaust lebten



Middle East Online

AFP/DPA

Oben: Fischer und Scharon. Unten: Eines von drei deutschen Atomwaffen-fähigen U-Booten für Israel

in Israel, und es gab verständlicherweise eine emotionale Opposition dagegen, irgendetwas mit Deutschland zu tun zu haben. Der Hauptunterhändler für Israel war Nahum Goldmann, Präsident des Zionistischen Weltkongresses und Vorsitzender der Claims Conference. Goldmann erklärte dem damaligen Kanzler Adenauer, dass Israel einen „zeremoniellen Akt“ von ihm benötige, um der israelischen Regierung den Spielraum zu verschaffen, in offene Verhandlungen einzutreten. Am 27. September 1951 sprach Adenauer vor dem Bundestag in Bonn, „im Namen des deutschen Volkes“ seien „unsagbare Verbrechen begangen worden“, und rief „zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung“ auf. Er fuhr fort: „Die Bundesregierung wird für den baldigen Abschluß der Wiedergutmachungsgesetzgebung und ihre gerechte Durchführung Sorge tragen.“ Adenauer erwähnte Israel namentlich und sagte, eine Übereinkunft würde „gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel“ erreicht werden.

Tom Segev erklärte, dass Ben Gurion Adenauers Erklärung – die Ben Gurion und andere in Israel stark redigiert hatten – brauchte, „um direkte Verhandlungen mit Deutschland zu rechtfertigen“. Natürlich hatte dies eine hitzige Debatte in Israel zur Folge, wobei der rechte Führer von Herut, Menachim Begin, als der lauteste Gegner jeglichen Abkommens mit Deutschland auftrat. Aber am 9. Januar 1952 stimmte die Knesset (das israelische Parlament) mit einer recht großen Mehrheit zu, direkte Verhandlungen mit Deutschland aufzunehmen.

Es ist bemerkenswert, *sehr bemerkenswert*, dass diejenigen, die Israel in den Verhandlungen mit Deutschland repräsentierten, angeführt wurden von Giora (Georg) Josephthal, Elieser (Felix) Shinnar und Georg Landauer – alles Hauptpersonen bei den Verhandlungen mit dem Nazi-Regime über das abscheuliche Haawara-Abkommen. Die ursprüngliche Zahl, die ausgehandelt wurde, verpflichtete Deutschland zur Zahlung von 3,45 Milliarden Mark. Davon sollten 3 Milliarden direkt an den Staat Israel gehen. „Für die restliche Summe“, schreibt Segev,

„übernahm die israelische Regierung eine Art Treuhandsfunktion. Sie erhielt die Zahlungen, ebenfalls in Form von Waren, und gab sie – teils in Form von Waren, teils in ausländischen Devisen und teils in israelischer Währung – an die jüdischen Organisationen weiter, die an der Claims Conference teilgenommen hatten; unter ihnen befanden sich das Joint Distribution Committee und die Jewish Agency. Diese würden das Geld benutzen, um ihre Akti-

vitäten in Israel zu finanzieren. Dieses Verfahren führte dazu, daß das meiste Geld, das die Claims Conference erhielt, in Israel blieb oder dorthin zurückkehrte.“

Deutschland stimmte auch zu, Opfer der Nazis für verlorenes Eigentum, Gefängnishaft und Sklavenarbeit zu entschädigen. Zwar erreichte einiges aus diesem Teil des Übereinkommens – er steigerte sich von 6 Millionen Dollar 1954 bis zu 100 Millionen Dollar 1961 – Überlebende des Holocaust oder deren Familien, aber das meiste davon wurde direkt von der Jewish Agency und den anderen zionistischen Organisationen verwaltet, die im Wesentlichen Strohmänner für den Staat Israel waren. Am 10. September 1952 wurde das Abkommen unterzeichnet.

Die Vorzüge, die Israel aus diesem Abkommen hatte, sind unbestreitbar. Ungefähr 30 Prozent des Geldes diente dazu, Kraftstoff für Israel zu kaufen; der Großteil des restlichen Geldes wurde dafür verwandt, Ausrüstung und Rohmaterialien für Firmen zu kaufen, die der israelischen Regierung, der Jewish Agency oder der Histadrut (staatlicher Gewerkschaftsverband) gehörten. Mehr als 100 Millionen Dollar flossen in den Kauf von fast 50 Schiffen für Israel, einschließlich der Schiffe, die Mitte der 60er-Jahre zwei Drittel der israelischen Handelsflotte ausmachten. Während der ersten zehn Jahre des Abkommens beglichen die Reparationsgelder etwa ein Drittel von Israels gesamten Investitionen in sein Elektrizitätssystem und fast die Hälfte der Gesamtinvestition in den Schienenverkehr mittels Beschaffung deutscher Dieselmotoren, Wagen, Lastwagen und Signalausstattung. Ausrüstung für die Wasserversorgung, für Ölbohrungen und Kupferbergwerkoperationen wurde in Deutschland gekauft, ebenso schweres Gerät für Landwirtschaft und Bauwesen – Traktoren, Mähdrescher, Lastwagen usw. Während der ersten 12 Jahre der Reparationszahlungen *verdreifachte* sich Israels Bruttosozialprodukt. Zwischen 1949 und 1965 speiste sich der gesamte Kapitaltransfer nach Israel aus folgenden Quellen: 60 Prozent von Juden aus aller Welt, 28 Prozent von der deutschen Regierung und 12 Prozent aus den USA. Von der Gesamtzahl der „unilateralen Kapitaltransfers“ – d. h. Darlehen an die israelische Regierung ohne Bedingungen wie Kapitalrückzahlungen oder Zinszahlungen – kamen 51,5 Prozent von Juden aus aller Welt, 41 Prozent von der deutschen Regierung und nur 7,4 Prozent aus den USA. Der oben zitierte Aufsatz von Matzpen hielt fest, dass während dieser Periode „das Wachstum der israelischen Wirtschaft vollständig auf dem Zufluss von fremdem Kapital ins Land basierte“.

Aber nicht nur die Anti-Zionisten erkannten dies. Segev schreibt: „Nahum Goldmann wiederholte gerne Ben Gurions Feststellung, sie beide hätten zwei Wunder erlebt: die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. ‚Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich‘, zitierte Goldmann Ben Gurion.“ Noch 1976 sang Goldmann das Loblied dieses „Wunders“:

„Ohne die deutschen Entschädigungszahlungen hätte der Staat Israel nicht einmal die Hälfte seiner heutigen Infrastruktur: Jeder Zug in Israel ist deutsch, die Schiffe sind deutsch, die Elektrizität auch, ein großer Teil der Industrie ... ganz abgesehen von den individuellen Pensionen, die den Überlebenden gezahlt wurden... In manchen Jahren übersteigt die Summe, die Israel von Deutschland erhält, die Gesamtsumme des Geldes, das von Juden in aller Welt gesammelt wird, um das Zwei- bis Dreifache.“ (*Le Nouvel Observateur*, 25. Oktober 1976)

Auch auf einer politischen Ebene hatte das Abkommen Vorzüge. Indem die deutsche Regierung zustimmte, Reparationen an den Staat Israel zu zahlen, der während des Zweiten Weltkriegs noch nicht einmal existierte, sowie an

Fortgesetzt auf Seite 26

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Krieg des kapitalistischen Europas gegen Immigranten ist ein Krieg gegen alle Arbeiter

Nachfolgend drucken wir die Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) vom 2. Juli ab.

Einen Tag nachdem am 20. Juni ein machtvoller Generalstreik Spanien lahm gelegt hatte, trafen sich die kapitalistischen Herrscher Europas in Sevilla, um den Krieg gegen Immigranten weiter zu verschärfen als die Speerspitze eines Angriffs gegen das Proletariat als Ganzes. Die Konkurrenz zwischen den vorherrschenden Nationen der Europäischen Union (EU) um wirtschaftliche Vorteile inmitten einer Rezession führte dazu, dass der Gipfel sein erklärtes Ziel verfehlte, länderübergreifende Polizeistaatsmaßnahmen einzuführen wie z. B. gemeinsame Grenzpatrouillen zu Wasser und zu Lande. Doch all das und noch mehr wird von den Wächtern der Festung Europa in Aussicht gestellt. Inzwischen versuchen alle herrschenden Kapitalistenklassen einander darin zu übertreffen, dass sie die Hindernisse für Einwanderung erhöhen und Polizeistaatsmaßnahmen gegen Immigranten verschärfen mit dem Ziel, die gesamte Bevölkerung zu reglementieren, Löhne zu drücken und Sozialleistungen zusammenzustrichen, die ihnen in jahrzehntelangen Klassenkämpfen abgerungen wurden.

Der EU-Gipfel von Sevilla nahm die jüngsten Wahlerfolge von Faschisten wie Le Pen und der British National Party (BNP) zum Anlass, deren immigrantenfeindlicher Demagogie entgegenzukommen. Rassismus gegen Immigranten ist eine abgedroschene Methode, um das Proletariat zu spalten und Klassenkampf abzuwenden, doch grundsätzlich wird die immigrantenfeindliche Kampagne nicht durch „schlechte Ideen“, sondern durch die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft hervorgerufen und wird durch bürgerliche

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!



Kruse/DPA

Berlin, 17. Mai: Flüchtlingsgruppen demonstrieren gegen die rassistische Residenzpflicht

Politiker von der Linken und der Rechten vorange-trieben. Immigranten wurden in großer Zahl nach Westeuropa geholt, als ihre Arbeitskraft, zum Teil aufgrund des Geburtenrückgangs, benötigt wurde; jetzt, wo sich Europa in einer Rezession befindet, benötigt die Bourgeoisie keine weiteren Immigranten als Reservoir billiger Arbeitskräfte oder gar als „industrielle Reservearmee“. Es wäre eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, würde man glauben, es wäre Faschismus notwendig, um Massenabschiebungen von Immigranten durchzuführen. So etwas passierte tatsächlich in Frankreich während der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre, als die Zahl der ausländischen Arbeiter durch Massenausweisungen um eine halbe Million verringert wurde. Und diese Arbeiter waren hauptsächlich europäisch und römisch-katholisch, viel leichter zu assimilieren als die in die Segregation gezwungenen Nord- und Schwarzafrikaner. In der gleichen Zeit gab es Massenabschiebungen mexikanischer Immigranten aus den USA.

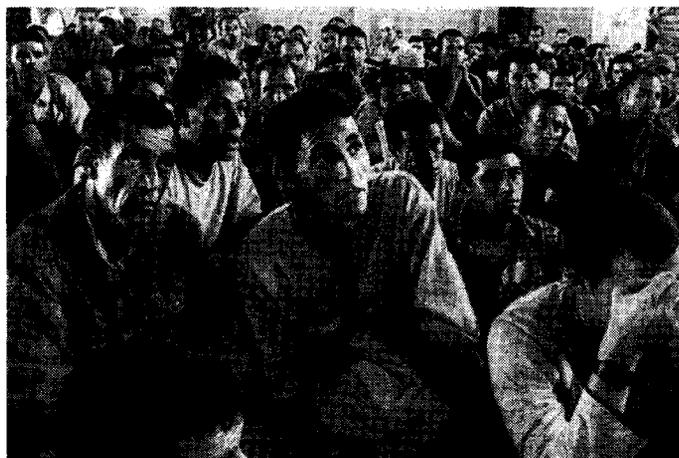
Vor einem Jahrzehnt wurde die Sowjetunion durch kapitalistische Konterrevolution zerstört. Diese gewaltige Niederlage für das internationale Proletariat und das anschließende Triumphgeheul der Bourgeoisie mit der Lüge vom „Tod des Kommunismus“ hat das Bewusstsein des Proletariats und der Jugendlichen zurückgeworfen, die fälschlicherweise die stalinistischen Ausverkäufer mit dem Kommunismus gleichsetzen. Die kapitalistische Herrschaft in Europa wird heutzutage nicht von einem revolutionär gesinnten und aufrührerischen Proletariat herausgefordert, und dementsprechend werden die Arbeiterklasse und die dunkelhäutigen Minderheiten und Immigrantenbevölke-

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Stoppt die Abschiebungen!

rungen in Europa hauptsächlich im Rahmen des „normalen“ Funktionierens des ganzen kapitalistischen Systems unterdrückt, von den Bullen in den Ghettos über die kapitalistischen Gerichte bis zu den Gefängnissen, die zu einem weit überproportionalen Anteil mit Minderheiten und Immigranten gefüllt sind. In diesem Zusammenhang haben Parteien, die ihrer Geschichte, ihrer Einstellung und ihren Absichten nach faschistisch sind – von Haiders FPÖ bis zu Le Pens Nationaler Front –, in erster Linie als ein Wahlphänomen und als Pressure-Group gegenüber den mehr in der Mitte stehenden bürgerlichen Parteien Erfolge verbucht.

Die „normalen“ Gezeiten der kapitalistischen Weltwirtschaft, die so gewaltiges menschliches Elend hervorbringen, können nur beseitigt werden, wenn durch eine proletarische sozialistische Revolution der Kapitalismus ersetzt wird. Wer den Rahmen des Kapitalismus akzeptiert, wie es die sozialdemokratischen Führer und ihre „linken“ Anhängsel tun, wird notwendigerweise zum Komplizen bei der Durchführung und sogar Anführung von immigrantenfeindlichem Rassismus. Die Maschinerie staatlicher Repression wurde seit dem 11. September verstärkt, aber die meisten immigrantenfeindlichen und Anti-„Terroristen“-Gesetze und -Praktiken wurden schon Jahre vorher von „linken“ Regierungen in Kraft gesetzt. Die jetzt abgewählte französische Sozialistische Partei, die Frankreich mit Hilfe einer Volksfrontkoalition mit der Kommunistischen Partei und den Grünen regiert hat, schäumt vor Wut, dass die neue rechtsgerichtete Regierung die rassistische „Sicherheits“-kampagne, hinter der in Wirklichkeit die „Linke“ steckt, für sich in Anspruch nimmt! Um im Interesse des Kapitals zu regieren, vergiften die historischen Parteien der französischen Arbeiterklasse, die Kommunisten und die Sozialisten sowie ihre Pendanten in den Gewerkschaftsbürokratien, das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern, indem sie religiöse, nationale und ethnische Spaltungen schüren. Auf diese Weise bereitete die Volksfrontregierung den Weg für den großen Wahlerfolg von Le Pen bei den jüngsten französischen Präsidentschaftswahlen und der Wahl einer rechteren Regierung.

Die so genannte „extreme Linke“ ist ebenfalls in hohem Maße dafür verantwortlich. Gruppen wie die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) des Vereinigten Sekretariats begannen die letzten Volksfrontjahre mit der Stimmabgabe für Jospin ... und endeten mit dem Aufruf: „Versperrt Le Pen den Weg“, d. h. wählt Chirac! Das ist ein derartiger Tiefpunkt, selbst für die LCR, die schon lange die Haltung und das Rückgrat einer Schlange hat, dass sie sich gezwungen sehen, ihre alte Haut abzustreifen, statt ihr Verbrechen zu verteidigen. Die aggressiven und tatkräftigen Aktivisten der LCR kanalisiert die massenhaften Jugenddemonstrationen,



AP

Sevilla im Juni: Nordafrikanische Arbeiter fordern von spanischer Regierung Arbeitserlaubnisse

den, die Frankreich aus gerechtfertigter Empörung über den Rassismus von Le Pens Nationaler Front erschütterten, in eine reaktionäre „republikanische Einheit“ mit Chirac. Auf ähnliche Weise lenkte die Socialist Workers Party in Britannien die Opposition gegen die BNP-Faschisten in einen Aufruf zur Stimmabgabe für „alle anderen“ ab – d. h. selbst für bürgerliche Parteien, aber insbesondere für Blairs Labour Party. Beide erklärten fälschlicherweise, es gäbe die unmittelbar drohende Gefahr eines Faschismus, um desto besser Unterstützung für Labour und sogar für Chirac eintreiben zu können. Außerdem können faschistische Banden in Situationen, wo sie tatsächlich eine unmittelbare Bedrohung darstellen, nicht durch parlamentarische Mittel gestoppt werden, sondern nur durch die Mobilisierung des Proletariats, um sie zu zerschlagen.

Verteidigt Immigranten! Verteidigt die Arbeiterklasse!

In Italien beinhaltet das neue Repressionsarsenal Razzien gegen Immigranten, um Fingerabdrücke abzunehmen, als ob Nichteuropäer zu sein jemanden zum „Kriminellen“ machen würde. Während der Vatikan gegen Ehen zwischen Christen und Moslems hetzt, hat die italienische Polizei die „Operation: frisch vermählt“ in die Wege geleitet, um gemischten Ehen hinterher zu schnüffeln. Aufenthaltsgenehmigungen werden auf die Dauer eines Arbeitsvertrages begrenzt, so dass landwirtschaftliche Saisonarbeiter in dem Augenblick „illegal“ werden, wo eine Ernte eingebracht worden ist, und italienische Unternehmer müssen dem Staat in Zukunft im Voraus für die Abschiebung von jedem Arbeiter bezahlen, der länger bleibt als sein Arbeitsvertrag dauert! Dies ist nicht einmal vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen sonderlich vernünftig, die auf eine Quelle billiger landwirtschaftlicher Arbeitskraft angewiesen ist. In einer unverblühten Verlautbarung über die Sorgen der herrschenden Klasse handelte der italienische Kapitalistenverband für drei Berufsgruppen Ausnahmen von den absurd streng festgelegten Einwanderungsquoten aus: Krankenschwestern, Dienstmädchen und ... Fußballspieler!

Das Asylrecht ist überall verstärkten Angriffen ausgesetzt: Blairs Britannien verspricht sofortige Abschiebungen ohne ein Berufungsrecht für abgelehnte Asylbewerber, während Dänemark das Recht auf Wiederrufung der Asylgenehmigung bei Flüchtlingen beansprucht, für die die neue rechtsgerichtete Regierung in Dänemark entschieden hat, dass das jeweilige Land, aus dem sie kamen, ausreichend „demokratisch“ geworden ist.

Das verrottete Britannien sät schon bei den Jüngsten Rassenhass zur Einimpfung von Patriotismus und Loyalität

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Arbeiter deutscher, türkischer und kurdischer Herkunft auf Streikposten beim IG-Metall-Streik

Immigranten...

Fortsetzung von Seite 17

gegenüber der Krone und droht nichteuropäische Schulkinder gewaltsam von ihren Altersgenossen zu trennen. In Deutschland haben unsere Genossen von der Spartakist-Arbeiterpartei aktiv gegen die computergestützten rassistischen Razzien gegen Studenten (Rasterfahndung) protestiert. In diesem reaktionären Klima sehen sich immigrierte Arbeiter und ausländische Studenten nicht nur der Verfolgung durch den kapitalistischen Staat ausgesetzt, sondern auch zunehmender rassistischer Gewalttätigkeit auf den Straßen. Wie unsere irischen Genossen nach der Ermordung eines chinesischen Studenten erklärten: „Die Verantwortung für Zhaos brutale Ermordung liegt beim irischen kapitalistischen Staat, dessen immigrantenfeindliche Politik den Rassenterroristen grünes Licht gibt.“

Überall werden Familien durch Einschränkungen der „Familienzusammenführung“ auseinander gerissen. Frauen haben das meiste davon zu ertragen. Wenn sie es schaffen, zu ihren Ehemännern nach Europa zu kommen, werden sie oft gesetzlich des Rechts auf Arbeit beraubt und so in gefährliche und niedrig bezahlte Schwarzmarktjobs gezwungen. In Frankreich hat sich, parallel zu den immigrantenfeindlichen Gesetzen, wie ein Krebsgeschwür ein regelrechter „Heiratsmarkt“ in Immigrantengemeinschaften entwickelt, wo eine arrangierte Ehe mit einer jungen Frau, die die Staatsangehörigkeit besitzt, jetzt die beste allerletzte Hoffnung auf ein Entrinnen aus Armut und politischer Repression anderswo bedeutet. Das Zuschlagen der Türen gegen Einwanderung und die Segregation unterdrückter Bevölkerungsgruppen sorgen gewöhnlich dafür, dass arrangierte Ehen, Entführungen, genitale Verstümmelungen, das Verprügeln und „Ehrentötungen“ von Frauen – all das auf dem Vormarsch in Europa – zunehmen und sich hartnäckig halten. Diese Tatsachen zeigen, dass selbst eine so minimale demokratische Forderung wie volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben, buchstäblich eine Frage von Leben und Tod bedeutet, besonders für Frauen.

Der schmutzige Krieg zwischen Blairs Britannien und Chiracs Frankreich um die Schließung des Rotkreuz-Flüchtlingslagers von Sangatte entlarvt den Schwindel von der „freien Welt“ und zeigt die direkte Verbindung zwischen kapitalistischer Konterrevolution in der Sowjetunion sowie ganz Osteuropa und der Zunahme wirtschaftlichen Elends, imperialistischer Kriege und politischer Unterdrückung. Sangatte ist voller Flüchtlinge aus den blutigen Kriegen der USA und ihrer NATO-Verbündeten. Mörderischer Nationalismus, angestachelt als das Mittel der kapitalistischen Konterrevolution, um die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zu zerstören, entwurzelte vor einem Jahrzehnt Minderheitenbevölkerungen einschließlich der Roma und Sinti in einer Orgie „ethnischer Säuberungen“. Eine weitere Welle von Flüchtlingen wurde ausgelöst durch die Verwüstungen der übrig gebliebenen Reste des ehemaligen Jugoslawiens durch USA/NATO im Balkankrieg von 1999. Heute ist das Lager von Sangatte gefüllt mit Irakern, die vor der zehnjährigen von den Vereinten Nationen verhängten Hungerblockade geflohen sind.

Tausende von Afghanen flohen vor der Hölle, die die Unterstützung des US-Imperialismus für die frauenhassenden Mudschaheddin geschaffen hatte. Als sowjetische Streitkräfte nach wiederholter Aufforderung durch die linksnationalistische DVPA-Regierung 1979 ins Land gingen, sagten wir von der IKL geradeheraus: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Gorbatschows verräterischer Rückzug 1988/89 gipfelte in dem Sieg der islamischen Fundamentalisten und schließ-

lich in der Herrschaft der Taliban – wahrhaftig eine Art Frankenstein-Monster, geschaffen von den US-Imperialisten mit Hilfe ihrer pakistanischen Verbündeten. Jetzt hat die Terrorbombardierung Afghanistans durch Bush, Blair und Co. im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ abermals Tausende von Flüchtlingen hervorgebracht.

Als Abklatsch von Le Pens Wahlkampfversprechen, das Lager von Sangatte zu schließen und die Flüchtlinge abzuschicken, hat Chirac Pläne zur Schließung des Lagers bekannt gegeben und beabsichtigt in der Zwischenzeit, einen gewaltigen Zaun um den Bahnhof und Hightech-Scanner zur Erfassung von Herztönen im Tunnel zu errichten. Nicht zu überbieten ist Tony Blair, der die Navy mobil macht, um Flüchtlingsschiffe zurückzuweisen (sprich: zu beschießen und zu versenken), Asylsuchende in militarisierte Haftlager zu sperren und England weißer zu machen durch Abschiebungen dunkelhäutiger Immigranten auf dem Luftwege und durch offen rassistische Ausweisungen von Menschen, die von anderen Flughäfen Europas aus England zu erreichen suchen.

Währenddessen wird jeder, der es schafft, nach Britannien zu kommen, gezwungen werden, einen nationalen Personalausweis bei sich zu haben. Diese Polizeistaatsmaßnahmen zielen darauf ab, die gesamte Bevölkerung zu reglementieren und an Einschränkungen demokratischer Rechte zu gewöhnen, Personenkontrollen durch die Polizei als „normal“ zu akzeptieren, das Rederecht zu ersticken und politische Organisierung gegen die Regierung und die herrschende Klasse zu behindern. Zu diesem Zweck entfacht das gesamte Spektrum kapitalistischer Politiker von links bis rechts eine Hysterie über Immigranten als angebliche „innere Feinde“. Das Modell für polizeistaatliche Kontrolle von arabischen, afrikanischen, türkischen und asiatischen Bevölkerungen in Westeuropa ist das „Vigipirate“-Programm des französischen Staates. Die große Bevölkerungsgruppe nordafrikanischer Herkunft, insbesondere die Jugendlichen, wird von der französischen Polizei systematisch brutal behandelt, Personenkontrollen sogar im Hausflur ihrer Wohnhäuser unterworfen und wie eine „kriminelle“ und „überflüssige“ Bevölkerungsgruppe behandelt. Änderungen im französischen Staatsangehörigkeitsrecht, wonach in Frankreich geborene Kinder immigrierter Eltern nicht mehr automatisch die französische Staatsbürgerschaft erhalten, bereiten den Boden für mögliche Massenabschiebungen vor. Streift man die Fassade von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ab, so findet man eine Geschichte von Massendeportationen, wann immer diese den französischen kapitalistischen Herrschern politisch oder wirtschaftlich vorteilhaft erschienen, von den polnischen und italienischen Immigranten, die zwischen den beiden Weltkriegen in Massen abgeschoben wurden, bis zu den Juden unter dem Vichy-Regime, denen die französische Staatsbürgerschaft aberkannt und die in Nazi-Vernichtungslager deportiert wurden.

Der Kapitalismus benötigt einen Sündenbock. Seit dem Untergang der Sowjetunion wurde die „rote Gefahr“ weitgehend durch eine inszenierte Hysterie gegen die „grüne Gefahr“ des islamischen Fundamentalismus ersetzt. Diese hat seit dem 11. September ihren Siedepunkt erreicht und ein neues Wort „Islamophobie“ hat Einzug ins Lexikon gehalten, um rassistische Angriffe auf verschleierte Frauen, Männer mit Turbanen und jeden, der arabischer Herkunft verdächtig wird, zu „erklären“. Die Beschränkungen der bürgerlichen Freiheiten und patriotischer Fanatismus wurden auch dazu benutzt, um abweichende politische Meinungen zu kriminalisieren und Parteien und nationale Befreiungsbewegungen von der kurdischen PKK über die türkische guevaristische DHKP-C bis zur baskischen Organisation Batasuna in Spanien zu verbieten. Währenddessen

lassen die größten Staatsterroristen Bomben auf den Irak regnen und drohen mit einer Invasion, beschießen weiterhin Afghanistan und bewaffnen den zionistischen Staat Israel bei seinem Krieg gegen das palästinensische Volk. Jetzt hat der Führer der „freien Welt“ die Frechheit, dem palästinensischen Volk vorzuschreiben, wen sie wählen dürfen und wen nicht als ihren Repräsentanten in den besetzten Gebieten und dem von zionistischen Sturmtruppen überannten „Homeland“. Israel raus aus den besetzten Gebieten! Verteidigt das palästinensische Volk!

Rassistische Unterdrückung gehört zum Wesen des Kapitalismus

Das „Maximalprogramm“ des sozialdemokratischen Reformismus und der so genannten „linken“ Gruppen, die als dessen Apologeten fungieren, besteht darin, den „Sozialstaat“ wiederherzustellen und der kapitalistischen Austeritätspolitik ein etwas „menschlicheres Antlitz“ zu verpassen. Im Gegensatz zu den Mythen der Reformisten wie Lutte ouvrière, die dafür kämpfen, „Entlassungen zu verbieten“, und fordern, die Bullen mögen doch „wirkliche Verbrechen“ bekämpfen, statt Immigranten zu verprügeln, ist es die Wahrheit, dass unter dem Kapitalismus die Reichen reicher und die Armen ärmer werden und dass Rassismus zum *Wesen* des Funktionierens des ganzen verrotteten einheimischen und weltweiten Systems gehört. Egal ob die Regierung von Sozialdemokraten oder Ultrarechten dominiert wird, die Gesetze des Kapitalismus arbeiten auf die gleiche Weise: Je härter du arbeitest, umso mehr Wohlstand produzierst du für andere und umso prekärer wird deine Lage, da du das Risiko hast, entlassen zu werden. Je nach seinem wirtschaftlichen Bedarf führt der Kapitalismus dem Proletariat von unten neue Quellen billiger Arbeitskraft zu, hauptsächlich Immigranten aus ärmeren Ländern, die in Zeiten wirtschaftlicher Schrumpfung für entbehrlich gehalten werden. Wie Karl Marx im *Kapital* (1. Band) schrieb: „... sobald sie entdecken, daß der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade's Unions usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zertert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des ‚ewigen‘ und sozusagen ‚heiligen‘ Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das ‚reine‘ Spiel jenes Gesetzes.“

Deshalb kämpfen wir in der IKL für die Einheit und Integrität der Arbeiterklasse gegen Chauvinismus und Rassismus. Der Kampf zur Verteidigung eingewanderter Arbeiter ist heute eine lebenswichtige Aufgabe für die Arbeiterklasse insgesamt. Wir kämpfen für: *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Keine Abschiebungen! Freiheit für die Verhafteten! Organisiert die Unorganisierten! Bullen, Gefängniswärter und Wachschutz raus aus den Gewerkschaften! Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen gegen faschistische Angriffe! Arbeit für alle – Für eine gleitende Skala der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich! Enteignet die Bourgeoisie – Für eine sozialistische, international organisierte Planwirtschaft!* In jedem Land, wo wir existieren, hat die IKL dafür gekämpft, die Lüge von „nationaler Einheit“ zwischen Arbeitern und Bossen zu entlarven und das Proletariat in Klassensolidarität mit den Immigranten und Minderheiten zu mobilisieren. Als ein Beispiel dieser Perspektive mobilisierten unsere amerikanischen Genossen am 9. Februar in der Bay Area von San Francisco eine gewerkschaftsbasierte Einheitsfrontkundgebung um die Losungen: „Anti-Terroristen-Gesetze zielen auf Immi-

granten, Schwarze, Arbeiter – Nein zum USA-Patriot Act und zum Maritime Security Act! Nieder mit der Hexenjagd gegen Immigranten!“

Es gibt in Europa bedeutende Entwicklungen in Richtung auf einen klassenkämpferischen Weg zur Vereinigung des Proletariats bei der Selbstverteidigung gegen Angriffe des Kapitals. Von türkischen/kurdischen Metallarbeitern in Deutschland bis zu schwarzen und asiatischen Transportarbeitern in London sind Immigranten und ihre Kinder ein entscheidender Bestandteil strategischer, gewerkschaftlich organisierter Sektoren des Proletariats. Mit dem engen Ökonomismus und nationalen Chauvinismus, die von den Gewerkschaftsbürokraten in ihrer Rolle als „Arbeiterleutnants des Kapitals“ vorangetrieben werden, gab es in Italien und Deutschland bedeutende Brüche. So riefen in Italien die Gewerkschaftsföderation CGIL und COBAS zu Generalstreiks von Arbeitern und Immigranten auf, gegen das rassistische Anti-Immigranten-Gesetz von Bossi/Fini und gegen den Versuch der Berlusconi-Regierung, den Arbeitsmarkt durch Demontage von gewerkschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiter in mehreren Jahrzehnten harter Kämpfe errungen hatten, „flexibel“ zu machen. Als Reaktion auf öffentliche Empörung ist Rifondazione Comunista jetzt gezwungen, zu Protesten aufzurufen, die die Schließung der Strafanstalten fordern, für deren Errichtung RC zuvor selbst gestimmt hatte. In Berlin auf dem Potsdamer Platz verteilter am 20. Juni eine Massenstreikpostenkette deutscher Bauarbeiter einen Versuch, portugiesische Immigranten als Streikbrecher zu benutzen, indem sie an diese appellierten, an der Seite der Gewerkschaft für die Rechte aller Arbeiter zu kämpfen, einschließlich der ausländischen Arbeiter. Als die portugiesischen Arbeiter applaudierten und sich weigerten, die Streikpostenkette zu überqueren, riefen die Streikenden: „Hoch die internationale Solidarität!“ Dies zeigt, was unsere Genossen in Deutschland in ihrem Flugblatt diesen Streikenden sagten: „Deutsche, ausländische und eingewanderte Arbeiter können nur gemeinsam ihre Interessen durchsetzen, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen werden“ (24. Juni).

Ein Voranschreiten auf diesem klassenkämpferischen Weg wird von Reformisten und Gewerkschaftsirreführern behindert, die Streiks nicht dazu einsetzen, um kapitalistische Herrschaft zu bekämpfen, sondern als Druckmittel gegenüber kapitalistischen Politikern benutzen, denen sie

Fortgesetzt auf Seite 20

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

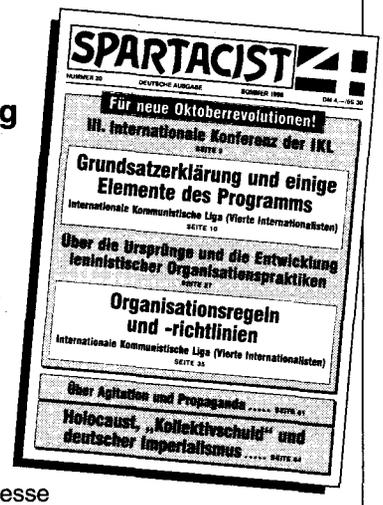
Bestellt!

IKL-Grundsatzklärung

erhältlich jetzt in
13 Sprachen, wie z.B. in
Türkisch, Griechisch,
Polnisch, Indonesisch
und Chinesisch

Spartacist,
Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse



Immigranten...

Fortsetzung von Seite 19

letztlich verpflichtet sind. So wurde der IG-Metall-Streik, der im Mai deutsche, türkische und kurdische Arbeiter vereinigte, von den SPD-Gewerkschaftsspitzen abgebrochen, sobald der SPD-Parteivorsitzende Schröder davor gewarnt hatte, dass ein langer Streik die deutschen Kapitalisten Geld kosten würde (ist das nicht der springende Punkt bei Streiks, die Bosse an ihrer Brieftasche zu treffen?) und so das Abschneiden der SPD bei den bevorstehenden Bundestagswahlen gefährden würde. Ebenso unterstützt in Italien der Führer von Rifondazione Comunista, Bertinotti, Streikaktionen gegen die Berlusconi-Regierung ausdrücklich, um eine Mitte-Links-Koalition wieder an die Macht zu bringen, damit diese die kapitalistische Herrschaft besser verwalte. RCs linker Flügel, die Gruppe „Proposta“, gibt nun zu, dass RC für immigrantenfeindliche Gesetze während ihrer Unterstützung der Prodi-Regierung Mitverantwortung trägt, aber ihre Rolle besteht darin, linke Militante im Schoße des RC-Reformismus zurückzuhalten. Wie unsere italienischen Genossen über Proposta bemerkten: „Ihre Perspektive ist es nicht, eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen, um die Arbeiter zur Macht zu führen, sondern einen ‚linken‘ Pol, der Druck auf die reformistischen Führer ausübt und dazu beiträgt, sie wieder an die Spitze kapitalistischer Machtausübung zu bringen“ (*Spartaco* Nr. 60, Mai 2002).

Für einen sozialistischen Kampf für ein Arbeitereuropa!

Die Zunahme von rassistischer Demagogie und Regierungsangriffen auf Immigranten sowie die Bedrohung durch faschistische Terrorbanden können nur durch einen siegreichen Kampf gegen das kapitalistische System von Grund auf beseitigt werden. Diese Perspektive ist der grundlegende Ansatz, der die IKL von allen unseren Konkurrenten in der Arbeiterbewegung unterscheidet. Dem anarchistischen Milieu, auch wenn es oft bewundernswert kühn ist bei militanten Protesten gegen die bestehenden Mächte, fehlt das Programm, um die Herrschaft des Kapitals effektiv zu bekämpfen, geschweige denn zu ersetzen. Im Grunde ist ihre Weltsicht die von Liberalen, die Straßenkämpfer sind: eine Politik des Druckausübens, die bei Meetings der kapitalistischen Herrscher draußen gerechtfertigte Empörung zum Ausdruck bringt statt des widerlichen parlamentarischen Schlips-und-Kragen-Reformismus. Es ist nicht genug, zu protestieren, es ist notwendig, eine Perspek-

tive für den Kampf zur Umwandlung der Gesellschaft zu haben, zum Sturz des räuberischen imperialistischen Systems und zur Schaffung eines Arbeiterstaates, dem notwendigen ersten Schritt zu einer globalen klassenlosen Gesellschaft. Die ehemaligen stalinistischen Parteien und Sozialdemokraten haben schon vor langer Zeit ihren Frieden mit der Herrschaft des Kapitalismus gemacht; tatsächlich verwalteten sie ihn europaweit und verstärkten die Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Immigranten. Unsere pseudotrotzkistischen Konkurrenten gehen im Schatten der Sozialdemokratie hausieren, denn ihr Ziel ist es nicht, eine authentische leninistische Partei durch die Spaltung der Arbeiterbasis von ihrer prokapitalistischen Führung aufzubauen, sondern auf die Irreführer der reformistischen Massenparteien Druck auszuüben.

Was die Frage der Immigration betrifft, so stellen Gruppen wie Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht] die Forderung nach „offenen Grenzen“ auf. Dies ist eine gut klingende Losung, aber was sie in Ländern der „Dritten Welt“ bedeuten würde, ist eine offene Tür für kapitalistische Investoren. Allgemeiner ist es eine utopische und reaktionäre Forderung nach einer egalitären Welt im Rahmen des Kapitalismus. Es ist rückschrittlich, die Vorstellung zu verbreiten, dass der Kapitalismus auf irgendeine Weise rational oder menschlich gemacht werden könne. Anders als Gruppen wie Workers Power, die Phrasen dreschen gegen Rassismus und für „offene Grenzen“, aber politisch die chauvinistischen Sozialdemokraten unterstützen, streben wir mit aller Macht danach, die Arbeiterklasse dafür zu mobilisieren, dass sie den Kampf aufnimmt für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es geschafft haben, die Grenzen hierher zu überqueren; und wir wollen das Verständnis verbreiten, dass die Quelle der Ausbeutung aller Arbeit das kapitalistische Produktionssystem ist, das bis zum bitteren Ende vom *kapitalistischen Staat* verteidigt wird. Bis wir nicht eine international geplante, sozialistische Wirtschaft auf der Grundlage kollektivierten Eigentums erreicht haben, wird es nicht möglich sein, den Staat oder nationale Grenzen abzuschaffen. Der Nationalstaat ist die Organisationsgrundlage der kapitalistischen Wirtschaft, und das zu leugnen bedeutet Kapitulation vor wirrköpfigen bürgerlichen „Demokraten“. Wie Lenin in seiner Rede über die nationale Frage im April 1917 sagte: „Was heißt ‚Fort mit den Grenzen‘? Hier beginnt die Anarchie... Die Losung ‚Fort mit den Grenzen‘ wird dann richtig sein, wenn die sozialistische Revolution eine Realität sein wird und nicht eine Methode ...“

Gegen die kapitalistische Festung Europa ist unsere Perspektive der Kampf für die *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* als ein entscheidender Schritt zur sozialistischen Weltrevolution. Das notwendige Instrument, um die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen, sind leninistische Parteien, politisch geleitet durch ein Programm, das proletarisch, revolutionär und internationalistisch ist. Wir kämpfen für die Wiederschmiedung der von Leo Trotzki gegründeten Vierten Internationale. Trotz des Rückschritts im politischen Bewusstsein heutzutage und des enormen Missverhältnisses zwischen unserem Ziel und unseren gegenwärtigen Mitteln ist es offensichtlich, dass es auf Seiten der Werktätigen, unterdrückten Minderheiten und Jugendlichen nicht an Einsatzbereitschaft und Kampfesmut fehlt. Damit ihre Kämpfe erfolgreich sind und nicht in die Falle reformistischer Politik des Druckausübens abgelenkt werden, ist es dringend notwendig, eine revolutionäre Führung aufzubauen. Das ist es, wofür die Sektionen der IKL kämpfen, nichts anderes und nichts Geringeres. ■



Spartakist

Hamburger Uni, 21. Februar: Spartakist-Jugend initiierte Einheitsfrontprotest gegen die rassistische Hetzjagd auf Immigranten

Baustreik...

Fortsetzung von Seite 6

der CDU und FDP darum. Und die PDS, die in den Ländern, wo sie an der Regierung ist, Polizeiterror und Abschiebungen durchführt, hat jetzt der SPD/Grünen-Regierung geholfen, das Zuwanderungsgesetz durchzudrücken. Während bei den Baustreiks 1997 das Motto vieler Pseudolinken wie Linksruck oder Gruppe Arbeitermacht (GAM) „Kohl muss weg“ hieß, um die Arbeiterklasse wieder zu einer Stimme für SPD oder PDS als „kleineres Übel“ zu bewegen, rufen sie heute „Stoppt Stoiber“ oder „Stoppt Schill“. Aber es ist die rassistische Politik von SPD und PDS, die den Rechten den Weg bahnt. Was wir brauchen, ist eine multiethnische, revolutionäre Arbeiterpartei!

Unter dem lautstarken Applaus von 20000 Demonstranten gab IG-BAU-Vorsitzender Wiesehügel am 31. Mai die Losung aus: „Ausländische Kollegen willkommen! Dumpingunternehmer angreifen!“ Gut, wenn die Führung der IG BAU heute sagt, dass die Dumpingtarife illegal sind, nicht die Arbeiter; aber noch 1997 hat sie rassistische Razzien mit der Polizei auf den Baustellen organisiert. Die tödliche Politik der Bürokratie, mit der Kapitalistenklasse eine Zusammenarbeit zu suchen, hat sich nicht geändert und zeigte sich wieder bei einer Kundgebung von etwa 2000 Bauarbeitern in Hamburg am 24. Juni. Als ein Vertreter der Baubosse auf Einladung der Gewerkschaft auf die Bühne trat, fing er an, eine Hetztirade gegen „illegale“ Arbeiter loszulassen – bis die versammelten Arbeiter ihn mit lauten

Buhrufen „Lügner!“ zum Schweigen brachten. Und erst neulich, unter Druck der Gewerkschaftsmitglieder, hat die IG BAU den Unternehmer FDP-Möllemann ausgeschlossen – einen antisemitischen Demagogen. Dass die Gewerkschaft gerade im Osten heute einen Überlebenskampf führen muss, ist dem Ausverkauf 1997 mit Lohnraub-Abschlüssen für Ost und West und „Haustarifverträgen“ zu verdanken. Und während momentan die Gewerkschaft IG BAU ausländische Arbeiter organisieren will, sitzt ihr Vorsitzender Wiesehügel für die SPD im Bundestag und stimmt für die Gesetze ab, die gegen diese Arbeiter und damit gegen alle Bauarbeiter eingesetzt werden: Rasterfahndung, Zuwanderungsgesetz, Bundeswehreinräufe etc.

Der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und gegen Abschiebungen ist ein Kampf gegen die Politik von SPD und PDS. So ist es nicht überraschend, dass Organisationen wie die GAM, die in diesem Streik mit ihrem „Mobilen Solidaritätskomitee“ interveniert, die Frage des Kampfes gegen Rassismus und gegen die Spaltung der Arbeiterklasse – die zentralen Fragen dieses Streiks – nicht erwähnt. Das liegt an ihrer Unterstützung der SPD und PDS. Die Spartakist-Arbeiterpartei dagegen strebt danach, die proletarische Basis der SPD und PDS von der prokapitalistischen Führung dieser Parteien zu brechen und sie zum kommunistischen Programm zu gewinnen. Wir kämpfen für den Aufbau einer internationalen, revolutionären Arbeiterpartei, um das kapitalistische System von Ausbeutung, Rassismus und Krieg ein für alle Mal wegzufegen. ■

Roma...

Fortsetzung von Seite 4

Angriffe gegen die gesamte arbeitende Bevölkerung. Im Juni streikten die Bauarbeiter in Deutschland. Wesentlich bei diesem Streik war, dass sie für gleiche Rechte und gewerkschaftliche Organisation ausländischer Bauarbeiter eintraten, und die Streikpostenlinien wurden von ausländischen Arbeitern respektiert. Das war ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Bauarbeiter hatten diese partielle aber wesentliche Lektion des Klassenkampfes auf tausenden Baustellen im ganzen Land schmerzlich gelernt, wo sie sahen, wie rassistische Diskriminierung gegen Arbeiter aus Polen, Portugal und anderen Ländern von den Bossen benutzt wird, um die Löhne zu drücken, Arbeitssicherheit zu unterminieren und alle Arbeiter einzuschüchtern. Die Kapitalisten benutzen die besondere Verletzlichkeit von Minderheiten, um einen Keil in die Arbeiterklasse zu treiben und sie davon abzuhalten, die Angriffe zurückzukämpfen.

Und genau so arbeitet auch der kapitalistische Staat, der in diesem Fall die Roma – *Opfer* der imperialistischen Vergewaltigung des Balkan – zum *Sündenbock* für den Abbau des „Sozialstaats“ macht. Die fortgeschrittensten Teile der in der IG BAU organisierten Arbeiter erlangten das Verständnis, dass rassistische Unterdrückung eingesetzt wurde, um ihren Streik zu unterminieren, und sie stellten sich gegen die Bosse, den Klassenfeind, mit einer gemeinsamen Klassenlinie. Kontingente von Bauarbeitern bei den Roma-Demonstrationen in Bremerhaven, Berlin, Essen und Düsseldorf und Roma-Vertreter, die zu den Streikposten und Protesten der IG BAU eingeladen werden, wären ein Signal an alle Arbeiter gewesen, wie man einen machtvollen Kampf organisiert, um die „Teile-und-Herrsche“-Strategie des bürgerlichen Staats auf den Müll zu werfen.

Von den europäischen Mächten wurden die deutschen Imperialisten politisch am meisten gestärkt durch die kapitalistische Konterrevolution, die 1990/91 die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten DDR, UdSSR und Osteuropa

stürzten und die kollektivierten Wirtschaften, auf denen sie basierten, zerstörten. Am härtesten getroffen waren die Roma, weil die Rückkehr der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Balkan all den nationalistischen, antisemitischen, antikommunistischen Abschaum hoch brachte, der die Region vor dem Sieg der Roten Armee und Titos Partisanen 1945 dominierte. Aber der Verlust der Arbeiterstaaten – trotz ihrer bürokratischen Deformierungen und stalinistischen Führungen – war *für Arbeiter der ganzen Welt* eine Niederlage. Seitdem gehen die deutschen Kapitalisten zu einem verstärkten Angriff gegen ihre „eigene“ Arbeiterklasse über. Der Kampf der Roma gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution und die Angriffe der NATO-Bomben zeigt die wirkliche Rolle der SPD/Grünen-Regierung. Der Krieg dieser Regierung gegen die Völker des Balkans spiegelt sich im Kampf der SPD/Grünen-Regierung „zu Hause“ gegen die eigene Arbeiterklasse wider. Das ist die besondere Verbindung der Arbeiterklasse in Deutschland mit der Sache der Roma aus dem ehemaligen deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien.

Die Arbeiterbewegung muss sich der Sache der Roma annehmen, weil sie die soziale Macht hat, den gesamten Ansturm der kapitalistischen Reaktion zurückzuschlagen. In diesem Kampf, der unter anderem ein Kampf dafür sein muss, demokratische Rechte für dieses historisch geschmähte und verleumdete Volk zu erringen, treten revolutionäre Sozialisten in Lenins Worten auf als „*Volkstribun*, ... der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen ... um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen“ (W. I. Lenin, „Was tun?“, 1902). Dieses Bewusstsein in der Arbeiterklasse zu erkämpfen – gegen ihre jetzige sozialdemokratische Führung – und zu verankern, ist die Aufgabe der multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, für deren Aufbau wir kämpfen. ■

SPD/Grüne...

Fortsetzung von Seite 2

Weg“. Damit versucht er die tief sitzende Besorgnis in der Arbeiterklasse über den Kriegskurs des US-Imperialismus gegen den Irak in deutschen Nationalismus umzuleiten.

Dahinter stehen aber reale andere Interessen des deutschen Imperialismus im Nahen Osten. Der fürchtet, dass ein größerer Konflikt in der Gegend sich insbesondere auf die Ölversorgung Westeuropas und Deutschlands sehr negativ auswirken wird. Daher ist Schröder zurzeit gegen einen Krieg gegen den Irak eingestellt. Seit Monaten schon ver-



Karen Robinson

Irakisches Krankenhaus: Imperialistische Blockade gegen den Irak kostete bis heute mehr als eineinhalb Millionen Irakern das Leben

sucht die SPD/Grünen-Regierung die EU-Staaten auf eine gemeinsame Linie gegen den US-Kriegskurs festzulegen. Bisher nicht sehr erfolgreich, da insbesondere Britannien aus der Reihe der europäischen Imperialisten ausschert und bisher Bushs Kriegskurs unterstützt. Blair selbst hat aber auch mit massiven Widerständen gegen seinen Kriegskurs vonseiten der Bevölkerung und in seiner eigenen Regierung zu kämpfen.

Schröders Kurs bringt die PDS, sowieso schon angeschlagen durch den Rücktritt ihres Wirtschaftssenators Gysi, in allerhöchste Nöte, da das Posieren der SPD als „Friedens“partei der PDS den Einzug in den Bundestag kosten kann. Die PDS ist aber ebenso wenig wie die SPD eine Friedenspartei. So heißt es im PDS-Bundeswehrkonzept: „Der Auftrag der Streitkräfte soll strikt auf die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland bzw. die kollektive Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses begrenzt werden.“ Und weiter erklären sie: „Unser Land ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit von niemandem bedroht.“ Und wenn es dann doch „bedroht“ wird? Dann wird auch die PDS die Arbeiter aufs Schlachtfeld führen, damit sie fürs Vaterland sterben. Lenin nannte solche „Sozialisten“ sozialchauvinistische Vaterlandsverteidiger. So wundert es dann auch überhaupt nicht, dass während des ersten Krieges gegen den Irak die PDS einen Wirtschaftsboykott gegen den Irak unter Kontrolle der UNO forderte, wovon sie sich im Nachhinein distanzierte. Dieser Boykott hat bis heute mehr als eineinhalb Millionen Irakern das Leben gekostet und zu einer immens hohen Kindersterblichkeit geführt.

Neben allem Friedensgeschwätz bringt die PDS-Europa-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des Parteivorstands, die PDS-Politik auf den Punkt und fordert

Schröder auf, dass er die imperialistische EU zum Einschreiten bringt: „So begrüßenswert es ist, dass hier von Deutschland neue Signale ausgehen, notwendig ist, dass die Europäische Union mit einer Stimme spricht. Nur dann kann ein Krieg der USA gegen den Irak tatsächlich verhindert werden. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, unverzüglich auf der europäischen Ebene Initiativen zu ergreifen. Der EU-Ministerrat muss im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik allen US-Kriegsplänen gegenüber dem Irak eine entschiedene Abfuhr erteilen und damit dauerhaft gewährleisten, dass der Weg einer ausschließlich nichtmilitärischen Lösung des Konflikts beschritten wird.“ Ein deutlicher Appell an die von Deutschland dominierte imperialistische EU, doch endlich als das ökonomische und militärische Gegengewicht zu dem zurzeit alles dominierenden US-Imperialismus aufzutreten. Dies ist nichts anderes als dem deutschen Imperialismus Unterstützung für eine alternative Strategie zu geben: Ausbau der EU und ein Bündnis mit Russland, das über die nuklearen Waffen und Rohstoffe verfügt, die Deutschland fehlen.

Die Reformisten der Gruppe Linksruck betteln geradezu darum, dass Schröder ein bisschen linker auftritt, und machen gar eine „Kehrtwende im Kanzleramt“ aus und versteigen sich zu der lächerlichen Aussage: „Die drohende Niederlage im Nacken attackiert Schröder gierige Manager und Kriegstreiber.“ Aber selbst Linksruck muss feststellen, dass Schröder nicht liefert, was er angeblich verspricht: „Doch den Worten folgen keine Taten“ (*Linksruck*, 13. August). SPD und PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, das heißt Parteien mit einer proletarischen Basis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm. Aufgabe von Revolutionären ist es, die Arbeiter von ihrer sozialdemokratischen Führung zu brechen. Die vorgebliche Linke bezeichnet ihre Unterstützung der SPD und/oder PDS als eine Taktik, um den Widerspruch, der zwangsläufig in einer bürgerlichen Arbeiterpartei vorhanden ist, auszunutzen. Was ist falsch daran?

Um einen wirklichen Kampf gegen die kapitalistische Ordnung zu führen, ist die absolute Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von den Kapitalisten und ihren Parteien notwendig. Wir geben keinen Parteien in Volksfrontbündnissen – Koalitionen von reformistischen Arbeiterparteien, wie SPD und PDS, mit ausgesprochen bürgerlichen Parteien wie den Grünen – irgendwelche Unterstützung. Diese klassenkollaborationistischen Bündnisse ketten die Arbeiterklasse an den Klassenfeind und bringen den Klassenkampf zum Entgleisen und vergiften das Bewusstsein der Arbeiterklasse. Nur wo diese reformistischen Parteien unabhängig von bürgerlichen Parteien kandidieren und explizit nicht mit Angriffen auf die Arbeiterklasse oder einer pro-imperialistischen Politik assoziiert sind, können wir erwägen ihnen kritische Wahlunterstützung zu geben, um die Widersprüche in solchen Parteien zu verschärfen. Dies ist weder für die SPD noch für die PDS der Fall, die beide eine Politik von Austeritätsmaßnahmen, Sozialraub und Rassismus gegen Immigranten durchführen, die Wind in den Segeln von Reaktionären und Nazis sind. Die SPD steht uneingeschränkt zu Bundeswehrtruppen auf dem Balkan, Afghanistan und sonst wo. Militante Arbeiter werden keine Illusionen haben, dass die nächste SPD-Regierung irgendwie Politik für die Arbeiterklasse durchführen werde, geschweige denn eine „sozialistische“ Politik.

Die SAV, die an verschiedenen Orten mit eigenen Direktkandidaten antritt, gibt sich damit das Image, als eine Alternative dazustehen. Allerdings rufen sie dazu auf, mit der entscheidenden zweiten Stimme PDS zu wählen. Als Begründung schreiben sie: „Die PDS ist durch ihre Position gegen den Krieg und ihre Lippenbekenntnisse gegen Privata-

tisierung für viele zur letzten wählbaren Partei geworden. Sie ist als einzige der Etablierten noch keine Partei der Banken und Konzerne. Deshalb ist es sinnvoll, die PDS mit der Zweitstimme zu wählen.“ Welch ein Hohn, dass die PDS, die gerade 21 Milliarden für die Berliner Bankgesellschaft garantiert hat, für die die Arbeiter und Unterdrückten mit Massenentlassungen und Lohnkürzungen gerade stehen dürfen, keine Partei der Banken sei. Um ihren Opportunismus nicht ganz so offen erscheinen zu lassen, schreibt die SAV, dass die PDS überall dort, wo sie an der Macht ist, Verantwortung trägt für „Schließungen von sozialen Einrichtungen, Privatisierungen im Öffentlichen Dienst“ (*Solidarität*, Juli 2002) und in Bezug auf das Zuwanderungsgesetz kritisiert die SAV: „Selbst die PDS hat im Bundesrat dem so genannten Zuwanderungsgesetz zugestimmt – ein Skandal ersten Ranges, der den staatlichen Rassismus auch noch von links legitimieren soll“ (*Solidarität*, August 2002). Also wird ein anderer Grund gefunden, um sich an die PDS anzuhängen, nämlich die parlamentarische Opposition der PDS zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr, die nichts mit einer prinzipiellen Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun hat, wie wir oben gezeigt haben.

Die PDS und ihre Vorgängerin SED-PDS, die herrschende stalinistische Bürokratie der DDR, hat den deformierten Arbeiterstaat DDR – ein Staat, in dem die Bourgeoisie enteignet war, wobei die Arbeiterklasse aber durch die Stalinisten ihrer politischen Macht beraubt war – an die deutsche Bourgeoisie ausverkauft. Sie hat die pro-sozialistische Arbeiterklasse der DDR, z. B. mit Modrows „Deutschland einig Vaterland!“, in die kapitalistische Konterrevolution geführt. Sie sind direkt mitverantwortlich für die Folgen der Konterrevolution, nicht nur für die industrielle Wüste in der ehemaligen DDR und die Angriffe auf die Sozialsysteme heute, sondern auch für die Stärkung der sozialen Reaktion, z. B. die Angriffe auf Abtreibungsrechte der Frauen, den verschärften Rassismus und den Auftrieb, den die kapitalistische Wiedervereinigung den Faschisten gab. Infolge der Konterrevolution haben auch imperialistische Kriege stark zugenommen. Wir verteidigten die DDR gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution. 1989/90 kämpften wir Spartakisten und die Internationale Kommunistische Liga (IKL) für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands – für politische Revolution im Osten, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen, und für eine soziale Revolution im Westen –, für ein Rotes Rätendeutschland. Wir bezeichneten die SPD als das trojanische Pferd der Konterrevolution, da die SPD seit dem ersten Tag der Existenz des deformierten Arbeiterstaates DDR ihren ganzen Einfluss geltend machte, um den Arbeiterstaat zu zerstören. Die SAV war 1989/90 als „Marxisten in der SPD“ tief in gerade dieser SPD vergraben. Entsprechend war dann auch ihre Intervention in die beginnende politische Revolution in der DDR. Sie überschlugen sich, die konterrevolutionäre „SPD in die Offensive!“ (*Voran*, Februar 1990) zu bringen, und waren, soweit sie Einfluss hatten, ein aktives Element der konterrevolutionären Zerstörung der DDR.

Der deutsche Imperialismus, ob in Allianz mit anderen europäischen imperialistischen Ländern oder nicht, ist keineswegs friedlicher oder rationaler als der US-Imperialismus, wie die zwei vom deutschen Imperialismus vom Zaum gebrochenen imperialistischen Weltkriege zeigen. Die höchste Form des Kapitalismus, der Imperialismus, kann nicht „friedlich“ gemacht werden. Aus den ökonomischen Gegensätzen zwischen den imperialistischen Ländern, dem Kampf um die Aufteilung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen, resultieren zwangsläufig Konflikte, die, früher oder später, militärisch ausgetragen werden müssen. Nur der Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution kann die Gefahr neuer imperialistischer Weltkriege und damit die Gefahr



Spartakist

Berlin, 13. Mai: Streikende Metaller vor dem Daimler-Chrysler-Autowerk

eines atomaren Holocaust beenden. Daher muss man, um gegen Krieg kämpfen zu können, gegen den Kapitalismus kämpfen, der Kriege hervorbringt. So war die bisher einzige wirklich erfolgreiche Friedensbewegung die Oktoberrevolution von 1917, die von Lenins und Trotzki's Bolschewiki geführt wurde im Kampf gegen alle Formen und Handlanger des russischen Kapitalismus und Großgrundbesitzes. So stehen wir heute gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Handlanger in der Linken. Wie Karl Liebknecht treffend im Ersten Weltkrieg sagte: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*

Im Fall einer militärischen Auseinandersetzung zwischen einem neokolonial unterdrückten und unterentwickelten Land wie dem Irak und einem imperialistischen Land haben wir eine Seite mit dem unterdrückten Land. So rufen wir zur militärischen Verteidigung des Irak auf, ohne dem brutalen nationalistischen Regime Saddam Husseins auch nur ein Jota politische Unterstützung zu geben. Als proletarische Internationalisten, die für den Aufbau einer Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpfen, sagt die SpAD als Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten): *Verteidigt den Irak gegen US/NATO-Angriffe! Nieder mit den Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Mittleren Osten!*

Nieder mit der antimuslimischen/antiarabischen Hexenjagd! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Der von der SPD/Grünen-Regierung geführte und unterstützte „Krieg gegen den Terror“ drückt sich „im eigenen Land“ aus durch eine ungeheure Zunahme der Repression, wie der rassistischen Rasterfahndung, und der massiven Beschneidung demokratischer Rechte. Richten sich diese Angriffe im Moment hauptsächlich gegen Immigranten mit muslimischem oder arabischem Hintergrund und ihre Organisationen, so zielen die Angriffe aber letztendlich auf die gesamte Arbeiterbewegung und die Linke. Ganz deutlich ist

Fortgesetzt auf Seite 24

SPD/Grüne...

Fortsetzung von Seite 23

dies bei dem neu eingeführten Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das die Überwachung ganzer Betriebe und Bereiche des öffentlichen Dienstes durch Geheimdienste einführt und sich gegen immigrierte Arbeiter und militante Gewerkschafter richtet. Mit diesem Gesetz können Streiks illegalisiert werden unter dem Vorwand, die nationale Sicherheit sei bedroht.

Das Hindernis für den gemeinsamen Klassenkampf sind die reformistischen Irreführer in den sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften und ihre Anhängsel in der Linken. Seit der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa gibt es einen riesigen Rückschritt im Bewusstsein der Arbeiterklasse. Überall versuchen die Kapitalisten mit der Unterstützung durch die Opportunisten der sozialdemokratischen Arbeiteraristokratie das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern dadurch zu vergiften, dass sie religiöse, nationale und ethnische Spaltungen schüren – wie es SPD und PDS mit dem rassistischen „Zuwanderungsgesetz“ und der staatlichen Hexenjagd gegen Muslime und Araber tun. Türkische und kurdische Arbeiter stellen in Deutschland einen strategischen Teil der Arbeiterklasse dar und werden ein Schlüsselement einer revolutionären Führung hier sein. Der Kampf für die Einheit und Integrität der multiethnischen Arbeiterklasse gegen Chauvinismus und Rassismus ist eine lebenswichtige Aufgabe für die proletarische Avantgarde und muss genau gegen die sozialdemokratischen Irreführer und ihre Handlanger geführt werden. Wir kämpfen darum, dem Proletariat das Verständnis zu vermitteln, dass es, um den Klassenkampf gegen den Kapitalismus zu führen, nicht nur seine eigenen unmittelbaren ökonomischen Interessen verteidigen muss, sondern auch die Rechte und Interessen aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, wie Frauen, Immigranten, Roma und Homosexuelle. Das ist die Konzeption der leninistischen Avantgardepartei, nach dem Muster der Bolschewiki von Lenin und Trotzki, die die fortgeschrittensten Arbeiter und Minderheiten für die Sache der sozialistischen Revolution gewinnt, indem sie alle Unterdrückten verteidigt.

Bei den Streiks der IG Metall und der IG BAU betonten wir Spartakisten gegenüber Arbeitern unterschiedlicher Abstammung, dass die Verteidigung von Immigranten gegen staatliche Verfolgung und rechten Terror eine der wichtigsten Aufgaben der gesamten Arbeiterbewegung ist.

In unserer Propaganda hoben wir zentral unsere Losung „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“ hervor. Mehr als zehn Prozent der IG-Metall-Mitglieder sind nicht deutscher Herkunft und sie waren auf den Streikpostenkettten überproportional vertreten. Sie stellen eine lebendige Brücke dar zu den oft militanteren Klassenkämpfen in ihren Herkunftsländern. In Berlin überzeugten Bauarbeiter während des Streiks portugiesische Bauarbeiter, sich nicht als Streikbrecher missbrauchen zu lassen, und skandierten „Hoch die internationale Solidarität!“, nachdem diese sich dem Streik angeschlossen hatten. Der Klassenkampf der letzten Monate bewies deutlich, dass Arbeiter und Immigranten den Kampf für ihre Rechte gemeinsam voranbringen werden, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen!

Die Risse zwischen der Arbeiterklasse und ihren sozialdemokratischen Führern und der SPD/Grünen-Regierung haben sich ausgeweitet. Ein Ausdruck davon war, dass im Februar die IG Metall in Frage stellte, ob sie für die Wahl der SPD aufrufen würde. Der Streik der IG Metall im Mai wurde durchgeführt gegen Teile der IG-Metall-Führung. Zwickel und Co. versuchten den Streik so schnell wie möglich zu beenden, nachdem Schröder erklärt hatte, dass der Streik seine Wiederwahl gefährdet.

Mit dem richtigen Hinweis darauf, dass Stoiber ein Gewerkschaftsfeind ist, versucht die Gewerkschaftsführung, die Arbeiter wieder für die Unterstützung der SPD zu gewinnen. So wird in den „Prüfsteinen“ der verschiedenen Gewerkschaften zur Wahl die Politik der SPD/Grünen-Regierung als den Interessen der Arbeiter viel näher dargestellt, was ein indirekter Aufruf ist, SPD/Grüne zu wählen. Wie nötig die SPD die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung hat, zeigt eine Umfrage, die die IG Metall auf ihrer Internet-Seite durchführte: Fast 82 Prozent der Teilnehmer stimmten auf die Frage „Ist Schröder bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem richtigen Weg?“ für die folgende vorgegebene Aussage: „Die Regierung hat die Reichen und die Unternehmer zu sehr geschont. Man müsste stattdessen Arbeitnehmer entlasten, die Zahl der Überstunden begrenzen und viel mehr in Infrastruktur investieren.“ Die Wut an der Gewerkschaftsbasis gegen SPD/Grüne ist so groß, dass die Gewerkschaftsspitzen sich noch im Frühjahr gezwungen sahen, gegen einen Wahlauftritt für die SPD heraus zu kommen. Erst nach dem Abwürgen des Metallstreiks und unter dem fieberhaften Trommelfeuer der SPD-Gewerkschaftsspitzen, das sich durch die miserablen Umfrageergebnisse der SPD noch intensiviert, sind die Gewerkschaften spät für die Wahl der SPD heraus gekommen. Die *Frankfurter Rundschau* (24. August) berichtete unter dem Titel „Zwickel wirbt persönlich für SPD“ über die Anstrengungen des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel, die unzufriedenen Arbeiter an die Urnen zu bringen. Zwickel rechtfertigte die Unterstützung der SPD und erklärte „die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und die Ungerechtigkeiten bei der Verteilung von Arbeit, Bildung und Vermögen“ schamlos als „Navigationsschwächen“ der SPD/Grünen-Regierung.

Wie fatal diese Politik des kleineren Übels wirklich ist, wird über die Hartz-Kommission deutlich: Nur die SPD kann diese Angriffe mittels der mit ihr verbundenen Gewerkschaftsbürokratie ohne größere soziale Kämpfe den Arbeitern einwürfen. Ein Brief der Vertrauenskörperleitung bei MAN Roland in Offenbach an den IG-Metall-Vorstand (15. Juli) zeigt, wie tief der Riss zwischen den Arbeitern und der SPD ist:

„Wir lehnen die Pläne der sogenannten Hartz-Kommission vollständig ab... Gerade jetzt vor den Bundestagswahlen wäre es notwendig, den Druck auf die amtierende rot-grüne Regierung von Seiten der organisierten Arbeiterschaft zu erhöhen mit dem Ziel eine andere, für uns

Abonniert!

Le Bolchévik
Zeitung der Ligue
trotskyste de France

4 Ausgaben
€ 5,-
incl. Spartacist

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Arbeiter bessere Politik, durchzusetzen. Die Gewerkschaften können nicht jedes arbeiterfeindliche Projekt der Schröder-Regierung mit dem Hinweis auf die (sicherlich) noch reaktionären Programme einer möglichen Stoiber-Regierung protest- und kampfflos hinnehmen.“

Die Argumentation der Offenbacher Metaller richtet sich gegen die Politik des kleineren Übels, mit der die Gewerkschaftsführung versucht, die Gewerkschaften der Schröder-Regierung unterzuordnen. Richtig, der Kampf gegen die Arbeiterfeinde von SPD, Grünen und auch der PDS muss organisiert werden wie gegen jede andere kapitalistische Regierung. Aber das Konzept, mit Druck mittels der Gewerkschaften auf die Regierung die Interessen der Arbeiterschaft durchsetzen zu können, verbleibt im Rahmen des Kapitalismus. Und der Kapitalismus bringt zwangsläufig ständig Angriffe auf die Arbeiterklasse hervor, so wie er nach außen zwangsläufig Kriege hervorbringt. Das Problem ist daher nicht, dass die SPD/Grünen-Regierung schlechte Politik macht und mit einer anderen Führung, wie z.B. mit Lafontaine, mehr für die Arbeiterklasse tun würde oder progressiver sein könnte. Das Problem ist grundlegender. Die SPD ist mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 unwiderruflich auf die Seite der Kapitalisten übergegangen. Sie kann nicht reformiert werden. Sie wird immer die Interessen der Kapitalisten vertreten, da sie das kapitalistische System nicht grundlegend in Frage stellen kann und will. Was also notwendig ist, ist eine Partei, die sich auf den Klassenkampf basiert und eine wirkliche Alternative zu den Sozialdemokraten von SPD und PDS darstellt. Wir brauchen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die diese Kämpfe organisiert, und eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die für eine Arbeiterregierung kämpft, die die bürgerliche Staatsmaschinerie zerbricht und die Bourgeoisie als Klasse enteignet.

Keine Stimme für SPD, PDS und Grüne! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM) sieht das Problem in „der Unwilligkeit der reformistischen Führungen von SPD, PDS und Gewerkschaften, effektiven Widerstand zu organisieren“. Warum sollten aber die Schröders und ihre PDS-Kumpel den Widerstand gegen ihre eigene Sozialraub-Politik organisieren? Wie auch immer, die Lösung der GAM ist: „Eine solche klassenkämpferische Basisbewegung als Motor von Widerstand – und als Alternative zur reformistischen Gewerkschaftsbürokratie – zu schaffen, ist aktuell entscheidend. Damit verzahnt ist auch

die Schaffung einer starken revolutionären Partei als Alternative zu SPD und PDS“ (*Neue Internationale*, Juli/August). Wie sieht aber die Realität dieser Schwadroneure der revolutionären Phrase aus? Während der IG-Metall-Streiks beklagten sie sich, dass wir die Frage von vollen Staatsbürgerrechten für alle Immigranten in den Mittelpunkt stellen, die ihrer Meinung nach nichts mit dem Streik zu tun hatte. Am 1. Mai in Berlin liefen sie mit den Plakaten „Alle in den Streik! 6,5 Prozent und keinen Cent weniger!“ herum. In einer Situation, wo die Metallarbeiter, trotz ihrer sozialdemokratischen Führung, die den Streik nicht wollte, schon für den Streik mobilisiert waren und die Arbeiter weit höhere Forderungen gestellt hatten als die 6,5 Prozent, die die IG Metall dann forderte, bleibt die GAM also bei rein ökonomischen Streikforderungen stehen. Lenin bezeichnete solche Leute als Ökonomen, d. h. Opportunisten, die nur die Gewerkschaftsfragen ansprechen und über die fundamentalen politischen Fragen, vor denen die Arbeiterklasse steht, den Mund halten. Damit weigern sie sich, die Hindernisse zum Aufbau einer revolutionären Partei zu konfrontieren. So ruft die GAM auf: „Stopp Stoiber! Wählt SPD/PDS! Organisiert den Abwehrkampf!“ „Eine Alleinregierung von SPD und PDS ist für die Arbeiterklasse insgesamt und für KommunistInnen der beste und vorteilhafteste Ausgang der Wahlen – nicht, weil SPD und PDS eine weniger arbeiterfeindliche Politik als CDU/CSU und FDP betreiben würden, sondern weil so der Einfluss der Reformisten in der Arbeiterbewegung am besten bekämpft werden kann.“ (*Arbeitermacht-Webseite*) Die Internationale der GAM hat auf ihrer Webseite *Workers Power Global*: „Germany: why we want Schröder back in government“ (Deutschland: warum wir Schröder wieder in der Regierung haben wollen). Das macht den Gedankengang dieser treuen Knechte der Sozialdemokratie noch plastischer; ihre revolutionäre Rhetorik ist nur ein Mittel, militante Arbeiter und Jugendliche zurück in den Schoß der Sozialdemokratie zu führen.

Es ist nicht die Perspektive all der linken Gruppen, eine revolutionäre leninistische Avantgardepartei aufzubauen, um die Arbeiterklasse an die Macht zu führen. Sie wollen einen „linken“ Pol aufbauen, der Druck auf SPD und/oder PDS ausübt, um sie an der Macht zu halten oder wieder dorthin zu bringen. Unsere Perspektive ist der Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems – das immer wieder Rassismus, Faschismus und imperialistischen Krieg hervorbringt – durch eine sozialistische Revolution und danach der Aufbau einer geplanten Wirtschaft im Weltmaßstab. *Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!* ■

Bestellt!

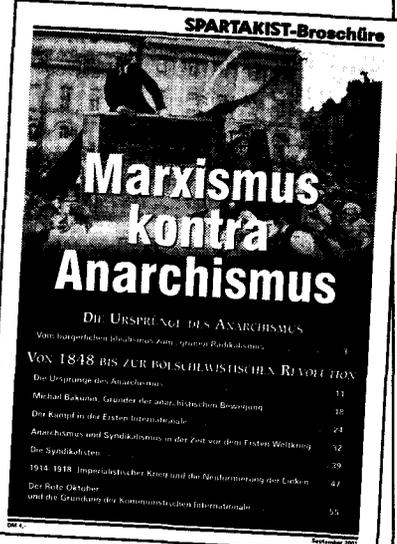
**Lenin und die
Avantgardepartei**
Deutsche Ausgabe
€ 1,50

**Marxismus
kontra
Anarchismus**
Deutsche Ausgabe
€ 2,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



SPARTAKIST-Broschüre DM 3,-



SPARTAKIST-Broschüre

Holocaust...

Fortsetzung von Seite 15

seine Frontgruppen, segnete sie die zionistische Doktrin ab, dass die Zionisten für alle Juden sprächen und dass Israel alle Juden repräsentiere. Das war ein großer ideologischer Sieg für Israels Herrscher und für die zionistische Sache.

Imperialistische Rüstungshilfen für Israel

Aber die deutsche Hilfe an Israel beschränkte sich nicht auf die ökonomische Infrastruktur und die Ideologie. Sie war auch militärisch. Im Dezember 1957 war Schimon Peres Teil einer Delegation, die über den Kauf zweier Unterseeboote und anderer Waffen von Deutschland verhandelte. Sie sprachen mit dem deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Segev zitiert Peres' Bericht an Ben Gurion: „Wir sagten, daß Amerika uns mit Geld half, aber nicht mit Waffen und daß Frankreich uns mit Waffen half, aber nicht mit Geld. Deutschland könnte den Brückenschlag über die Vergangenheit weit voranbringen, wenn es uns kostenlos Waffen liefern würde.“ Das Abkommen wurde besiegelt und die U-Boote für einen nominellen Preis verkauft. Ben Gurion schrieb in sein Tagebuch: „Schimon meint, daß Strauß' Haltung zu erklären ist durch 1) Haß auf die Russen und Angst vor ihnen; 2) Bewunderung für die Israelische Verteidigungsarmee; 3) Kenntnis der politischen Interessen Europas im Nahen Osten und in Afrika.“

Im Juni 1959 brach in Israel eine Krise aus, als bekannt wurde, dass Israel Mörsergranaten an Westdeutschland verkaufte. Die israelische öffentliche Meinung war besorgt über die Vorstellung, dass der „jüdische Staat“ Westdeutschland Waffen verkaufte. Ben Gurion machte in einer Rede vor dem Zentralkomitee seiner Partei klar, dass Waffenverkäufe an Deutschland Israel harte Währung verschaffen und die Bereitwilligkeit der Deutschen sicherstellen würden, Israel in der Zukunft Waffen zu verkaufen. Er sagte: „Nicht viele Länder stellen Waffen her: Amerika will nicht verkaufen; Rußland und seine Satellitenstaaten kommen nicht in Frage. Die einzigen Möglichkeiten liegen in Westeuropa.“ Er fuhr fort:

„Deutschland hat seine Machtstellung in Europa nicht deshalb erhalten, weil wir damit einverstanden waren. Wir waren natürlich nicht einverstanden... Doch nur Idioten oder politische Scharlatane ... können nicht begreifen, daß es Israels Stellung in der Welt, seiner Zukunft und vielleicht gar seiner Existenz schaden würde, wenn wir uns eine Großmacht, deren politisches und ökonomisches Gewicht ständig zunimmt, zum Feind machen und den Arabern als Verbündeten überlassen.“

Und tatsächlich wurde der arabisch-israelische Krieg von 1967, dessen Ergebnis die Besetzung des Westjordanlandes und Gazas sowie der Golan-Höhen und der Sinai-Halbinsel war, *nicht* mit amerikanischen Waffen ausgekämpft. Auf der israelischen Seite waren es europäische Waffen: Die Kampffjets, die die arabischen Militärmaschinerien stark dezimierten, waren aus Frankreich; die Panzer waren aus Westdeutschland und Britannien; die gepanzerten Militärfahrzeuge waren auch aus Westdeutschland und Britannien. Und die meisten dieser Waffen waren gekauft worden von westdeutschem Geld, das nach Israel floss. Wenn man über die heutige US-Militärhilfe an Israel spricht, muss man auch die europäische – besonders deutsche – Militärhilfe an Israel anschauen während der lebenswichtigen Gründerjahre des Staates, denn schließlich war es Israels brillanter Sieg 1967, der schließlich die Aufmerksamkeit der USA erregte und zu einem Politikwechsel in den USA führte. Besonders mit der Ölkrise in den 70er-Jahren wurde der US-Imperialismus zu Israels hauptsächlichem ökonomischen und militärischen Rettungsanker, wobei er die deutschen und europäischen

Imperialisten gründlich ausmanövrierte.

Seit 1967 haben die USA Israel etwa 80 Milliarden Dollar (weiter ansteigend) in verschiedenster Form von Hilfsleistungen gegeben. Zwar ist die deutsche Hilfe geringer, aber doch immer noch eine respektable Zahl, jetzt bei etwa 40 Milliarden Dollar (weiter ansteigend) in verschiedener Form von Hilfsleistungen direkt an den Staat Israel sowie etwa 30 Milliarden Dollar an verschiedene zionistische Organisationen im Namen von Entschädigungszahlungen an Überlebende des Holocaust. Norman Finkelstein schreibt in *Die Holocaust-Industrie*, dass die Claims Conference diesen Teil des Geldes

„nicht für die Rehabilitation jüdischer Opfer vorsah, sondern vielmehr für die Wiederherstellung jüdischer *Gemeinden*. Tatsächlich verbot eine Richtlinie der Claims Conference sogar, Gelder für ‚direkte Zuwendungen an Einzelpersonen‘ zu verwenden. In einem klassischen Beispiel von Selbstbedienung schuf die Konferenz jedoch Ausnahmen für zwei Kategorien von Opfern: Rabbinen und ‚herausragende jüdische Führungspersönlichkeiten‘ erhielten individuelle Zahlungen. Die in der Claims Conference zusammengeschlossenen Organisationen verwendeten den Hauptteil der Gelder zur Finanzierung ihrer verschiedenen Lieblingsprojekte. Was immer die eigentlichen jüdischen Opfer (wenn überhaupt) an Zuwendungen erhielten, erreichte sie indirekt oder durch Zufall.“

In einer Notiz zum obigen Zitat schreibt Finkelstein:

„Auf eine parlamentarische Anfrage des deutschen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann (CDU) gab die deutsche Regierung (wenn auch in sehr gewundener Sprache) vor kurzem zu, daß nur 15 Prozent der an die Claims Conference ausgehändigten Gelder den eigentlichen jüdischen Opfern der Naziverfolgung zugute kämen.“

Norman Finkelsteins Buch *Die Holocaust-Industrie* ist ein interessantes, wenn auch widersprüchliches Werk eines prominenten Antizionisten, der die machtvolle Polemik *Eine Nation vor Gericht* gegen Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker* schrieb. Finkelstein nimmt korrekt und wirksam den abscheulichen Missbrauch auseinander, den die Zionisten mit dem Holocaust betreiben, er nennt es „doppelt abkassiert“. Aber gleichzeitig lässt er Deutschland und die Zionisten vom Haken, weil er einfach schreibt: „Die deutsche Nachkriegsregierung stellte Entschädigungen nur für Juden bereit, die in Ghettos oder Lagern gewesen waren“; es gibt noch weitere solcher Aussagen.

Der Titel von Finkelsteins Buch ist irreführend, denn die Holocaust-Industrie sind deutsche Firmen wie IG Farben, Siemens oder die Deutsche Bank, die die Nazis an die Macht brachten, die die Todeslager wie Auschwitz oder Bergen-Belsen finanzierten und bauten und die von der Sklavenarbeit im großen Ausmaß profitierten. Diese Firmen stellen bis heute den Kern dessen dar, was die deutsche imperialistische Bourgeoisie repräsentiert, obwohl ihre Namen in einigen Fällen verändert worden sind. Finkelstein kehrt die Vorzüge, die das Entschädigungsabkommen sowohl für den deutschen Imperialismus als auch für den zionistischen Staat hatte, unter den Teppich. Man kann Finkelstein nicht vorwerfen, weich auf den Zionismus zu sein, aber seine Kritik des Zionismus ist eine bürgerliche.

Es ist wichtig, zu sehen, dass Ostdeutschland nichts bezahlte, obwohl Israel Geld verlangte. Dies entging den Zionisten nicht. Während einer Debatte in der Knesset zwischen Ben Gurion und einem links-zionistischen Parlamentsmitglied stauchte Ben Gurion letzteren dafür zusammen, Konferenzen in der DDR zu besuchen und zu versuchen weitere Gespräche mit dem Land zu eröffnen. Ben Gurion erklärte:

„Westdeutschland ist erlaubt. Nicht Ostdeutschland. Das

sind Mörder und Räuber, die ihre Beute nicht zurückgegeben haben. Westdeutschland will uns zumindest entschädigen. Der Osten hat auch gemordet und geerbt. Es gibt einen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland.“

Und dieser Unterschied war real und drückte sich in der Tatsache aus, dass die DDR ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat war, wo die Bourgeoisie von Auschwitz enteignet war. 1989/90 intervenierte unsere Internationale mit allen unseren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR, um die stalinistische Bürokratie rauszuschmeissen, und für eine sozialistische Revolution im Westen, um die imperialistische Bourgeoisie zu stürzen. Am 3. Januar 1990 initiierten wir eine massive prosozialistische und antifaschistische Demonstration im Berliner Treptower Park gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. 250 000 nahmen daran teil. Die SED-PDS sah sich dazu gezwungen, diese Aktion zu unterstützen und ihre Basis dafür zu mobilisieren. Konfrontiert mit prosozialistischen Arbeitern, die unseren Aufruf zu einer politischen Revolution hörten, sowie mit einem Ansturm der kapitalistischen Medien gegen diese Demonstration, behauptete die PDS dann, die Demonstration sei ein Fehler gewesen. Kurz danach machte sich der PDS-Führer und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow die Lüge der „Kollektivschuld“ zu eigen. Wie wir in unserer fast täglich erschienenen *Arbeiterpressekorrespondenz* am 20. Februar 1990 sagten:

„Aber jetzt halten Berichten zufolge die Führer der SED/PDS die Demonstration in Treptow für einen ‚Fehler‘. Stattdessen machen sie jetzt beim Gewaltmarsch zur deutschen Wiedervereinigung mit, was den Antisemiten großen Auftrieb geben würde. Die historische Lüge der ‚Kollektivschuld‘ zu akzeptieren und dem zionistischen Staat Israel, der auf der Unterdrückung der Palästinenser beruht, Finanzhilfe zu geben ist kein Kampf gegen den Antisemitismus. Die Verbreitung des Zionismus unter den jüdischen Massen war eine verzweifelte Reaktion auf den Holocaust und die Weigerung der westlichen ‚Demokratien‘ jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Heute dient die Unterdrückung der Palästinenser durch den zionistischen Staat, die an die Nazis erinnert, nur dazu, die Antisemiten auf der ganzen Welt mit neuen Argumenten zu versorgen. Die Unterstützung von ‚Großisrael‘ oder einem imperialistischen ‚Großdeutschland‘ ist keine Unterstützung für die Freiheit des jüdischen Volkes. Aber Klassenkampfaktionen, um die faschistischen Terroristen zu stoppen, sind es.“

Einer der ersten Akte des gerade wiedervereinigten deutschen Imperialismus war, sowjetischen Juden die Einwanderung nach Deutschland zu verbieten mit dem Argument, nur Immigranten deutscher Abstammung dürften aus der Sowjetunion nach Deutschland kommen. Tatsächlich wollten die deutschen Imperialisten in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung, dass sowjetische Juden nach Israel gehen, um in den besetzten Gebieten als Siedler des zionistischen Staates gegen die Palästinenser eingesetzt werden zu können. Am 19. September 1990 organisierten wir Spartakisten einen kämpferischen Protest in Berlin-Mitte: „Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs!“ Die Abschlusskundgebung fand neben dem Gedenkstein für den jüdischen Kommunisten Herbert Baum statt.

Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen

Westdeutschland verschaffte sich durch das Entschädigungsabkommen und die weiteren Beziehungen zu Israel zahlreiche Vorteile. Die Reparationen hinterließen in der deutschen Wirtschaft wirklich kaum Spuren. Tatsächlich



Spartakist

Berlin, 13. April: Spartakist-Block in Verteidigung des unterdrückten palästinensischen Volkes

zahlte Westdeutschland Geld an Israel und profitierte von der Tatsache, dass viel von diesem Geld dafür benutzt wurde, deutsche Güter für Israel zu kaufen. Gleichzeitig brachte das Westdeutschland in den Schoß der „zivilisierten Welt“ und gab dem deutschen Imperialismus eine wichtige Ausgangsposition in einem Schlüsselland des Nahen Ostens. Adenauer verstand ganz klar, dass ein Abkommen mit Israel die Handlungsfreiheit der deutschen Imperialisten stärken würde. In seinen Memoiren macht er am Vorabend des Entschädigungsabkommens eine verächtliche antisemitische Bemerkung über „jüdische Bankkreise“:

„Es war mir klar, daß dann, wenn die Verhandlungen mit den Juden scheiterten, auch die Verhandlungen auf der Londoner Schuldenkonferenz einen negativen Verlauf nehmen würden, da die jüdischen Bankkreise einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den Verlauf der Schuldenkonferenz ausüben würden. Andererseits war es selbstverständlich, daß ein Scheitern der Londoner Schuldenkonferenz ein Scheitern der Verhandlungen mit den Juden nach sich ziehen würde. Wenn unsere deutsche Wirtschaft wieder kreditwürdig und leistungsfähig werden sollte, mußte die Londoner Schuldenkonferenz erfolgreich beendet werden.“ (*Erinnerungen*)

Es gibt eine sehr spezielle Verbindung zwischen dem deutschen Imperialismus und dem zionistischen Staat: Deutschland hatte alle Hände im Spiel sowohl bei der Gründung Israels als auch bei seiner Erhaltung und Stärkung, und heute spielt es die zweite Geige direkt hinter dem US-Imperialismus. Die heutigen deutschen Herrscher verwischen effektiv ihre Spuren, indem sie den Holocaust geschickt ausnutzen und behaupten, jede Kritik an Israel sei antisemitisch, was auch die Linie der Zionisten ist. Die SPD/Grünen-Regierung beschwor den Holocaust, als sie die Bundeswehr auf den Balkan und nach Afghanistan in den Krieg schickte. Und während Deutschland die antifaschistische Karte spielt, führt es schwere Repressionsmaßnahmen gegen Minderheiten im eigenen Land durch und weitet gleichzeitig international seine militärische und ökonomische Stärke aus.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft darum, linke Jugendliche und Arbeiter, die Gegner der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den zionistischen Staat sind und die hierzulande gegen Antisemitismus und Rassismus kämpfen wollen, für das Verständnis zu gewinnen, dass nur eine proletarische Revolution, die die Bourgeoisie von Auschwitz stürzt, die Opfer des Holocaust rächen wird. ■

Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 32

und ein so genannter „Außen-Innen“-Plan, der schwere Luftangriffe mit einer Entsendung von 50 000 Soldaten zur Besetzung Bagdads und zur Ermordung Husseins verbindet.

Die Invasionsdrohung hat unter den westeuropäischen Mächten erhebliches Unbehagen hervorgerufen, ebenso bei arabischen Führern wie Jordaniens König Abdullah – der Bush davor warnte, dass eine Invasion die gesamte Region in Aufruhr versetzen könnte – und sogar bei Elementen im Pentagon. Am feigsten waren die Demokraten, die lediglich winseln, Bush solle zuvor seine Argumente für eine Invasion vor dem Kongress darlegen. Was für Argumente? Selbst Hitler fühlte sich genötigt eine Provokation zu fabrizieren, um seinen Einmarsch in Polen 1939 zu rechtfertigen. Die amerikanischen Herrscher jedoch erklären arrogant, dass sie keine Rechtfertigung brauchen für den Sturz irgendeiner Regierung oder für die „präventive“ Invasion irgendeines Landes, das sie risikolos angreifen können. Trotz all des Gequatsches von „Massenvernichtungswaffen“ haben Sprecher der Bush-Regierung das Angebot des Irak, das Regime der „Waffeninspektion“ der Vereinten Nationen wieder einzurichten, von vornherein abgelehnt.

Die SPD, die seit vier Jahren zusammen mit den Grünen die Geschäfte des deutschen Imperialismus verwaltet und dabei die Bundeswehr in den Balkan und nach Afghanistan schickte, stellt sich jetzt als pazifistisch dar. Gerhard Schröder, der krampfhaft versucht die Wahlen zu gewinnen, erklärte, die SPD sei völlig gegen die Beteiligung an einem „US-Abenteuer“ im Nahen Osten oder dessen Finanzierung. Aber es ist nicht die Sorge um die Bevölkerung Iraks, die Schröder motiviert, sondern dass ein US-Krieg gegen den Irak einen Flächenbrand im Nahen Osten auslösen könnte, was es für Deutschland schwieriger machen würde, an das Öl im Nahen Osten zu kommen.

Eine amerikanische Invasion des Irak würde die Zerstörung, die die USA im Golfkrieg von 1991 und durch den bis zum heutigen Tag andauernden Bombenkrieg angerichtet haben, außerordentlich vergrößern und die Infrastruktur eines Landes weiter verwüsten, das einst zu den fortgeschrittensten arabischen Ländern zählte. In den vergangenen Monaten hat Washington dem Programm „Öl für Lebensmittel“, das einer durch die fortdauernde UN-Hungerblockade belagerten Bevölkerung eine minimale Überlebenschance bietet, die Daumenschrauben angesetzt. Eine Einschränkung der Ölverkäufe stellt sicher, dass es noch mehr Opfer geben wird als die anderthalb Millionen Männer, Frauen und Kinder, die bereits an Unterernährung

und aus Mangel an Medikamenten gestorben sind. **Nieder mit dem imperialistischen Embargo! USA – Hände weg vom Irak! Alle US/UN/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Nahen Osten! Israel raus aus den besetzten Gebieten! Verteidigt die Palästinenser!**

Der zionistische Terrorzyklus

Die gegenwärtige Notlage des palästinensischen Volkes ist das Endergebnis des „Friedens“-abkommens von 1993, das eine „autonome“ Palästinensische Autonomiebehörde ins Leben rief, die nun faktisch unter den Ketten israelischer Panzer begraben ist. Eine jüngste Untersuchung der Weltbank vermittelt einen Eindruck von den grauenhaften Bedingungen in den besetzten Gebieten. Das Fehlen jeglicher nennenswerter israelischer Investitionen seit der Besetzung der Gebiete 1967 hatte zur Folge, dass die Palästinenser überwiegend auf untergeordnete, gering bezahlte Anstellungen in Israel angewiesen waren. Aber insbesondere seit 1993 wurden diese Arbeitsplätze zunehmend abgeriegelt durch immer häufigere „Sicherheits“-Grenzsicherungen und den Bau einer Beton- und Stacheldrahtmauer rund um Gaza. Von 1992 bis 1998 fiel die Gesamtzahl der in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeiter um die Hälfte – und im Falle der Einwohner Gazas um noch mehr –, was das Pro-Kopf-Einkommen auf das Niveau von 1967 reduzierte. Heute hat die Arbeitslosenquote die 50-Prozent-Marke überschritten, die Hälfte aller Kinder leiden an Unterernährung und zwei Drittel der Palästinenser leben unterhalb der Armutsgrenze (definiert als Pro-Kopf-Einkommen von 2,50 Dollar pro Tag). Es wird erwartet, dass die Einkommen bis zum Jahresende noch um weitere 30 Prozent sinken.

Die immer stärkere Ghettoisierung der arabischen Städte und Dörfer sowie die massive Zerstörung von Gesellschaft und Infrastruktur der Westbank im April durch das israelische Militär hat das, was an Wirtschaftsleben noch existierte, auf das nackte Minimum reduziert. Inzwischen sind es etwa 600 Millionen Dollar an internationaler Hilfe, die die zionistischen Herrscher den Palästinensern vorenthalten. **Israels Herrscher betreiben in den besetzten Gebieten eine Aushungerungspolitik.**

Nach neun Jahren palästinensischer „Autonomie“ hat sich die Zahl der zionistischen Siedler verdoppelt und beträgt heute in Gaza, der Westbank und einem unaufhörlich expandierenden Ostjerusalem insgesamt etwa 400 000. Das wahre Gesicht der Siedlerbewegung zeigte sich bei dem pogromartigen Wüten letzte Woche in Hebron, wo über 500 Siedler, geschützt von 6000 Soldaten, eine arabische Bevölkerung von 120 000 herumkommandieren. Die Beerdigung eines von Palästinensern getöteten Siedlers wurde in ein antiarabisches Pogrom verwandelt, bei dem ein rassistischer Mob ein 14 Jahre altes Mädchen in ihrem Haus erschoss, ihren Bruder verletzte und einen weiteren Jungen erstach, in palästinensische Häuser einbrach und den örtlichen Markt demolierte. Eine kürzliche Umfrage, die die liberale Organisation „Frieden jetzt“ durchführte, erbrachte, dass 68 Prozent der nahezu 200 000 Siedler der Westbank bereit wären zu gehen, wenn sie entschädigt würden. Vermutlich sind das vor allem die neuen Einwanderer, die von der Regierung dort zwangsweise angesiedelt wurden, oder jene, die vor allem durch die künstlich niedrig gehaltenen Wohnungskosten angezogen wurden. Damit bleibt ein harter Kern von 60 000 oder mehr hartgesottene Fanatikern übrig – allein in der Westbank –, die entschlossen sind, in einem völkermörderischen Krieg zur Vertreibung der Palästinenser als Stoßtruppen zu dienen.

Im Grunde ist die Siedlerbewegung eine Hilfsbesatzungsarmee und die Siedlungen sind kaum mehr als militärische Vorposten, verbunden durch strategische „Umgehungs“-straßen, die nur Juden offen stehen, und

WORKERS VANGUARD 50c
1 August 2000

**Feds Shred Constitutional Rights
Big Brother on the Loose**



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

€ 25,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

durch ein wachsendes Netz von militärischen Kontrollposten, an denen Palästinenser routinemäßig terrorisiert und gedemütigt werden. Zur Aufrechterhaltung dieses Terrorapparates gibt die israelische Regierung jährlich eine *Milliarde Dollar* für „Sicherheit“ und Wohnungszuschüsse in den besetzten Gebieten aus, während sie der palästinensischen Bevölkerung sogar das Allernotwendigste zum Leben verweigert und die Sozialleistungen für die Werktätigen in Israel radikal herabsetzt. Die Verteidigung der Palästinenser muss beginnen mit der Forderung nach *sofortiger Beseitigung aller antiarabischen Befestigungen in den besetzten Gebieten – der Truppen, der Siedlungen und des Apartheid-Strafnetzes*.

Während palästinensische Angriffe auf israelische Soldaten und ihre faschistoiden Siedler-Hilfstruppen sich immerhin gegen die Vollstrecker der brutalen zionistischen Besatzung richten, sind Bombenanschläge auf Schulen, Busse, Einkaufszentren oder Diskotheken vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus kriminell. Solche Angriffe dienen einzig und allein dazu, so viele israelische Zivilisten wie möglich umzubringen; genauso wie der israelische Staatsterror in Gaza, ausgeführt mit weit verheerenderer Feuerkraft, darauf abzielte, so viele Palästinenser wie möglich zu töten. Die Wahl der Hebräischen Universität als Ziel der Hamas ist besonders aufschlussreich, da sie einer der wenigen Treffpunkte ist, wo sich Juden und Araber immer noch miteinander treffen, trotz der anhaltenden Verschärfung der nationalen Gegensätze im Laufe der letzten zwei Jahre. Und tatsächlich waren viele der Verwundeten an der Universität arabisch-sprachige Studenten.

Die Organisatoren solch wahlloser Bombenangriffe – seien es palästinensische Nationalisten, wie die Al-Aksa-Brigaden, oder islamische Fundamentalisten – teilen die reaktionäre Gedankenwelt der zionistischen Herrscher. So wie Sharon jeden Palästinenser für einen „Terroristen“ hält, den man foltern, ermorden oder aushungern muss, sehen Hamas & Co. es als Verbrechen an, von der hebräischsprachigen Bevölkerung abzustammen oder mit ihr in irgendeiner Weise Umgang zu haben. Solche kriminellen Angriffe dienen nur dazu, den Einfluss des Chauvinismus auf die hebräischsprechenden Werktätigen zu verstärken und sie weiter in die Arme ihrer eigenen Ausbeuter zu treiben.

Der Angriff in Gaza-Stadt kam genau in dem Moment, als die mit Arafats Fatah-Organisation verbundene Tanzim-Miliz im Begriff war, einen Waffenstillstand zu erklären, der „alle Angriffe auf unschuldige Männer, Frauen und Kinder, die nicht am Kampf teilnehmen“, beenden sollte. Scharons Bombardement war zeitlich offenbar so angesetzt, dass diese einseitige Erklärung, die größtenteils von der EU vermittelt wurde, in der Versenkung verschwand, und passte damit in ein Muster der Provokation, das sich bis zum Anfang des palästinensischen Aufstands zurückverfolgen lässt. Was die Intifada vor allem auslöste, war (mit Zustimmung der damaligen Regierung der Arbeitspartei) Scharons Fußmarsch mit mehr als tausend schwer bewaffneten Soldaten durch das muslimische Heiligtum der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem im Herbst 2000.

Seitdem wurde jeder Versuch, ein irgendwie geartetes „Friedens“-abkommen auszuhandeln – ständig basierend auf der Forderung, die Palästinenser sollten aufhören sich gegen die zionistischen Besatzer zu verteidigen –, unter dem Schutt und den brennenden Trümmern eines weiteren Angriffs der israelischen Kriegsmaschinerie begraben. So antwortete Israel auf das Treffen von Arafat mit Präsident Clinton im November 2000 damit, dass es einen Fatah-Aktivisten in seinem Lieferwagen mit von Kampfhubschraubern abgeschossenen Panzerabwehrraketen in die Luft jagte – und dabei auch Passanten tötete. Auf ähnliche Weise wurde eine jordanische „Friedensmission“ im April 2001 mit

einem israelischen Bombenangriff im Libanon begrüßt sowie mit zusätzlichen Provokationen in der Westbank und Gaza. Im vergangenen Februar antwortete Israel auf einen von Saudi-Arabien unterstützten „Friedens“-vorschlag mit der Zerstörung eines weiteren Flüchtlingslagers in der Westbank, wobei Israel 30 Palästinenser tötete.

Imperialistische Unterstützung für Israel

Während dieses ganzen Schlachtens wurde Israel voll und ganz von den US-Imperialisten unterstützt mit Waffen, Nachschub und Milliarden Dollars. Für beide großen bürgerlichen Parteien in den USA – Republikaner und Demokraten – ist Unterstützung des zionistischen Staates eine unantastbare Glaubensangelegenheit. Gleichzeitig versuchen die USA eine hinlängliche Besorgnis für die Notlage des palästinensischen Volkes zur Schau zu stellen, um Washingtons arabische Klientelregime angesichts verbreiteter Unruhe unter der Bevölkerung und starker islamistischer Oppositionsbewegungen nicht vollends zu diskreditieren. So wollten nach Israels Luftangriff in Gaza einige Berater des Außenministeriums „genügend Tageslicht zwischen uns und ihnen lassen, damit unsere Anstrengungen nicht völlig diskreditiert werden“.

Auch der deutsche Imperialismus unterstützt den Staat Israel und tat dies massiv seit dessen Gründung (siehe „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“, Seite 9). Deutschland steht nach den USA an zweiter Stelle, was die finanzielle Unterstützung Israels angeht, und versucht zunehmend, im Nahen Osten einen Fuß in die Tür zu bekommen. Neben jährlichen Milliardenhilfen liefert Deutschland U-Boote an Israel, die man mit Nuklearwaffen bestücken kann, und stellt Teile für israelische Panzer und Kampfflugzeuge her. Gleichzeitig geben sie den Palästinensern einige Krumen Unterstützung. So finanziert der deutsche Imperialismus neben unilateraler Hilfe mehr als 25 Prozent der EU-Hilfe für die palästinensische Autonomiebehörde (PA) und baute den Flughafen in Gaza. Durch die finanzielle Unterstützung für die PA betreibt der deutsche Imperialismus allerdings keine anti-israelische Politik, wie die pro-imperialistischen „anti-nationalen“ Claqueure von *konkret*, *Jungle World* oder *bahamas* behaupten. Sie argumentieren, dass jegliche Opposition zum zionistischen Staat Israel antisemitisch sei. Dieses scheinheilige Argument dient nur dazu, die brutale Unterdrückung der Palästinenser durch den zionistischen Staat zu unterstützen. Außerdem versucht die deutsche Regierung mit ihrer Finanzierung der PA nur, die Spannungen gering zu halten. Sie versorgt Arafat mit den Mitteln, die er benötigt, um die aufgebracht palästinensischen Massen zu kontrollieren und zu unterdrücken.

Die Lüge der „Kollektivschuld“ an Auschwitz wird von der SPD benutzt, um ihre eigene kriegstreiberische Politik auf dem Balkan oder ihren rassistischen Staatsterror zu rechtfertigen. Während des verlogenen „Aufstands der Anständigen“, der das rassistische und antisemitische Image Deutschlands im Ausland aufbessern sollte, hetzte der SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Clement, gegen „antisemitische Palästinenser“. Dies diente als Vorwand für die rassistische Verfolgung von Arabern, die sich nach dem 11. September noch enorm verschärfte, als SPD und Grüne die rassistische Rasterfahndung einführten. Jetzt droht die Regierung u. a. damit, die palästinensische PFLP zu verbieten. Aber die Quelle des Antisemitismus in Deutschland sind *nicht* die Palästinenser, sondern es ist die „eigene“ herrschende Kapitalistenklasse. Als die Bourgeoisie Anfang der 30er-Jahre ihre Macht bedroht glaubte, zögerte sie nicht, die bürgerliche Demokratie, die ihr sonst die bequemste Form ihrer Herrschaft ist, fallen zu lassen und alles auf die Faschisten zu setzen, damit diese das

Fortgesetzt auf Seite 30

Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 29

Proletariat und alle seine Organisationen – SPD, KPD und Gewerkschaften – zerschmettern. Sie hat die Nazis finanziert, an die Macht gebracht und vom Holocaust profitiert. **Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen!** Die Lüge von der „Kollektivschuld“ wird nachgeplappert von „Linken“ wie dem PDS-MdB Winnie Wolf, um dazu beizutragen, die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu ketten. Er schrieb in der Zeitung SoZ (Juli 2002), die dem pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat nahe steht,

„dass der Holocaust keine Angelegenheit einiger Top-Nazis war, sondern dass Hunderttausende Deutsche daran aktiv teilgenommen hatten (z. B. in der Reichswehr und bei der Reichsbahn). Grundlage für diese Verbrechen war nicht so sehr der fanatische Wille der NS-Führung zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung als vielmehr der abgrundtiefe Antisemitismus, der in der deutschen Bevölkerung seit vielen Jahrzehnten grassierte.“

Es war die kapitalistische Wiedervereinigung 1990, die den Nazis massiven Auftrieb gab, wovor wir bei unserem Kampf gegen den Anschluss wiederholt gewarnt hatten. Jetzt sieht die deutsche Bourgeoisie nicht die Notwendigkeit, die Faschisten an die Macht zu bringen, aber sie stellen eine potenzielle Reservearmee gegen die Arbeiterbewegung dar für den Fall, dass diese in der Zukunft wieder einmal den Kapitalismus bedrohen sollte. Die Faschisten dienen der Bourgeoisie als Knüppel gegen Immigranten, Minderheiten und Linke. In diesem September ist der zehnte Jahrestag des Rostocker Pogroms, bei dem Nazi-Skinheads Nacht für Nacht die zentrale Asylstelle terrorisierten – besonders Roma und Sinti – und dann, als Höhepunkt, sogar versuchten mit Brandsätzen 115 vietnamesische Arbeiter in einem Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen zu ermorden. Dieses Pogrom wurde staatlich organisiert: Während die Parteien von CDU bis SPD mit rassistischer Demagogie gegen das Asylgesetz hetzten, schauten die Bullen erst tagelang zu, wie die Nazis ihren Terror ausübten, und zogen sich in der Nacht des Höhepunkts dieses Pogroms zurück, kurz bevor die Nazis ihre Brandsätze warfen. Das Pogrom ermöglichte es der damaligen CDU-Regierung, mit der entscheidenden Unterstützung der SPD, das Recht auf Asyl de facto abzuschaffen. Jetzt, zehn Jahre später, wurden die paar Nazis, die überhaupt vor Gericht kamen, mit Freisprüchen oder drei bis fünf Monaten auf Bewährung für den Dienst belohnt, den sie der Bourgeoisie damals erwiesen!

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Die Sicherung der Stabilität im Nahen Osten im Interesse der Imperialisten und der kapitalistischen Herrscher in der Region ist der Ausgangspunkt für das Eingreifen von Jesse Jackson – der als Schwarzer eine tragende Rolle in der Demokratischen Partei spielt. Im Juni reiste Jackson in den Nahen Osten, um die Palästinenser zur Annahme einer Politik der „Gewaltlosigkeit“ zu drängen und „Aussöhnung“ zwischen Israel und den Palästinensern zu propagieren. Jackson rief die Vereinigten Staaten dazu auf, „ihren Einfluss, ihre Druckmittel und ihre weltweite Macht zu benutzen, damit dies Wirklichkeit wird“. Als ob dieselbe Regierung, die schwarze Amerikaner in Ghettos und massenweise ins Gefängnis steckt, irgendwie das palästinensische Volk vor der vom US-Imperialismus ausgerüsteten und subventionierten zionistischen Terrormaschine „beschützen“ würde!

–In Deutschland ist es die PDS, die als Friedenspartei posiert und vorgibt, die Interessen der Palästinenser zu ver-

teidigen. Wiederholt betonte die PDS, sie sei für die „legitimen Rechte der Palästinenser auf einen souveränen, sicheren, demokratischen, lebensfähigen und friedlichen Staat“ (Erklärung von Gabi Zimmer und Roland Claus vom 9. April). Doch wie wenig ihnen tatsächlich das Schicksal der Palästinenser am Herzen liegt, bewies die PDS allein schon dadurch, dass sie in Berlin die gegen Araber gerichtete Rasterfahndung mit durchführte. Als Möllemann (FDP) dreckige antisemitische Hetze unter dem Vorwand der Kritik an Israel verbreitete, wurde dies von der Regierung als Vorwand genutzt, die Unterdrückung gegen Palästinenser und diejenigen, die sie unterstützen, noch weiter zu



Reuters

28. Juli, Hebron: Faschistoide zionistische Siedler ermorden 14-jähriges Mädchen in pogromartigen Überfall auf Palästinenser

verschärfen. Unverzüglich kroch die PDS vor der SPD/Grünen-Regierung auf dem Bauch, indem sie proklamierte, dass sie für das „Existenzrecht für Israel ohne Wenn und Aber“ sei, als ob die Existenz Israels im Augenblick irgendwie gefährdet wäre. Die PDS machte die Opfer zu Tätern, als sie behauptete, der „Terror der Palästinenser dürfe nicht einfach als Gewalt verharmlost werden“ (*Tagesspiegel*, 25. Juni). Was der PDS bei all ihrem Gerede über Frieden wirklich am Herzen liegt, sind die Interessen des deutschen kapitalistischen Staats. Ginge es nach der PDS, sollte die SPD/Grünen-Regierung „in Abstimmung mit der UNO, den USA und Russland die Einberufung einer Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region [vorschlagen], die zu einer dauerhaften und gerechten Lösung des Nahostkonflikts beitragen soll“. Nur würde diese Lösung im Interesse der Imperialisten und nicht der unterdrückten Palästinenser sein.

Auch Jesse Jackson möchte gerne den „Friedensprozess“, der 1993 unter Oberaufsicht des Demokraten Clinton stattfand, wieder beleben. Das „Friedens“abkommen von 1993 kam nach dem Überfall auf den Irak 1991 zustande, mit dem der US-Imperialismus seine unangefochtene Vormachtstellung im östlichen Nahen Osten bekräftigte, und wurde von Washington als eine Möglichkeit gesehen, eine Pax Americana in der Region unter Dach und Fach zu bringen. Für die zionistischen Herrscher war es eine Möglichkeit, die Überwachung der besetzten Gebiete in die willigen Hände Arafats und einer Hand voll seiner nationalistischen Kumpane zu geben und damit loszuwerden. Das war der wahre Inhalt der „Autonomie“, die durch das Osloer Abkommen eingeleitet wurde, trotz all der vagen Verspre-

chungen, schließlich in nicht allzu ferner Zukunft einen Mini-Staat nach Bantustan-Art zu errichten – wenn die Palästinenser „sich benehmen“.

Dieser *Verrat* an den gerechten Bestrebungen des palästinensischen Volkes war das Ergebnis der nationalistischen Strategie, die Fatah und der Rest der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) verfolgten, einschließlich so „radikaler“ Gruppen wie der Volksfront für die Befreiung Palästinas. Militärisch dem zionistischen Staat bei weitem unterlegen, hatte die PLO keinerlei Illusionen, dass ein militärischer Kampf zu palästinensischer Eigenstaatlichkeit führen könnte. Tatsächlich erwarteten diese kleinbürgerlichen Nationalisten von den arabischen bürgerlichen Staaten, den Vereinten Nationen und schließlich direkt von den US-Imperialisten, dass sie Israel zu einem Abschluss drängen.

Durch den konterrevolutionären Zusammenbruch der Sowjetunion 1991/92 wurde der PLO entscheidende diplomatische und finanzielle Unterstützung entzogen, was dem schmachvollen „Frieden“ unter Schirmherrschaft der USA den Weg ebnete. Das Ergebnis war eine derartige Katastrophe, dass große Teile der von jeher kosmopolitisch eingestellten palästinensischen Bevölkerung sich den islamischen Fundamentalisten von Hamas und Islamischem Dschihad zuwandten, die religiösen Obskurantismus, frauenfeindlichen Fanatismus und Antisemitismus verbreiten.

Die Gräueltaten, denen die Palästinenser ausgesetzt sind, haben weltweit Empörung und Protest hervorgerufen. Doch viele dieser Proteste hatten die Stoßrichtung von Appellen an die eine oder andere imperialistische Agentur, zur Verteidigung der Palästinenser einzugreifen. So forderte Manfred Gehrcke von der PDS auf einer pro-palästinensischen Demonstration am 13. April in Berlin: „Sinnvoll kann es auch sein – ich denke das – internationale Blauhelme und/oder internationale Beobachter in die Region zu entsenden.“ Wir warnen, dass jegliches militärisches Eingreifen von Imperialisten nur dazu beitragen würde, den palästinensischen nationalen Kampf zu *unterdrücken*, wie es die Vereinten Nationen taten, als sie die Schaffung des zionistischen Staates 1948 beaufsichtigten und als sie 1982 im Libanon palästinensische Kämpfer entwaffneten, was zu Scharons Massaker an über 2000 Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila führte. Was die USA betrifft, so greifen sie schon längst in der Region ein, nicht nur zur Unterstützung Israels, sondern auch mit der andauernden Bombardierung des Irak. Stattdessen kämpfen wir dafür, die Werktätigen in diesem Lande und international für konkrete Aktionen von Klassenkampf in Solidarität mit den bedrängten Palästinensern zu mobilisieren. *Nieder mit der Achse des Terrors USA-Israel! Nieder mit der Hilfe an Israel!*

Verschiedene linke Organisationen, die auf Demonstrationen für die Rechte der Palästinenser eintreten, haben keine revolutionäre Strategie zur Befreiung der Palästinenser. Die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM) z. B. fordert öfters eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens. Diese korrekte Losung wird aber unterminiert durch die Kapitulation der GAM vor dem arabischen Nationalismus, indem sie wiederholt zum „Sieg der Intifada!“ aufrief. Während die GAM bereit ist, im Nahen Osten bis zum letzten Tropfen palästinensischen Blutes zu kämpfen, ist ihre opportunistische Politik in Deutschland darauf beschränkt, die Illusionen zu verstärken, dass die SPD/Grünen-Regierung des imperialistischen Deutschlands – zu deren Wahl die GAM 1998 aufrief – bzw. die EU im Interesse der Palästinenser handeln könne. In Flugblättern zu Palästina-Demos am 16. März und 13. April, die die GAM mit unterzeichnete, steht: „Mit dieser Aktion fordern wir die Bundesregierung auf: – ihre Blockadehaltung innerhalb der

EU aufzugeben, um endlich Druck auf die israelische Regierung auszuüben“. Dagegen betonen wir, dass die *internationale Arbeiterklasse* dringend die Verteidigung der Palästinenser aufnehmen muss durch Aktionen wie z. B. Boykotts von Waffenlieferungen, Proteststreiks oder Demonstrationen. Um dorthin zu kommen, muss ein politischer Kampf gegen die sozialdemokratischen Hindernisse für solche unabhängigen, internationalistischen Aktionen unserer Klasse geführt werden.

Eine weitere vorgeblich sozialistische Gruppe im propalästinensischen Milieu ist Linksruck. Diese Gruppe kapituliert auf groteske Weise vor dem islamischen Fundamentalismus. In seiner Schrift „Israel und die antinationale Linke“ verherrlicht und rechtfertigt Linksruck-Guru Ahmed Shah die mörderischen, Frauen hassenden, erzreaktionären Antikommunisten der Hamas und der Taliban: „Es kann aber auch heißen, den Staat und die imperialistische Herrschaft in Frage zu stellen und diese direkt anzugreifen, wie die Hamas in Palästina. Oder es kann eine Mischung sein: Der Kampf für den Erhalt der Schleier der islamischen Frauen wird dann als Kampf gegen die westlichen Kapitalisten und deren Kultur angesehen, wie bei den Taliban in Afghanistan.“ Das Hofieren der Islamisten ist alles andere, als im Interesse der Palästinenser zu kämpfen. Als die Mudschaheddin vier Jahre nach Gorbatschows verräterischem Rückzug 1989 an die Macht kamen, bedeutete das das Abschichten von Lehrern, die Mädchen das Lesen beibrachten, von Linken und Frauen. Als die Rote Armee 1979 auf Bitte der linksnationalistischen afghanischen DVPA-Regierung in Afghanistan einmarschierte, haben wir Trotzlisten als Teil unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion und auch als Vorkämpfer gegen jede Unterdrückung von Frauen erklärt: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Die mörderischen, antikommunistischen, Frauen hassenden Mudschaheddin, deren Vertreter später die Nordallianz und die Taliban bildeten, wurden von der CIA unterstützt – auch mit deutscher Hilfe. Linksruck tat sich schon damals mit Antikommunismus hervor, der zutiefst im Widerspruch zum Kampf für die Frauenbefreiung steht. Ihre Vorläuferorganisation erklärte „Russen raus aus Afghanistan“ und schrieb: „Der Weg nach vorn führt über den Sieg der Mullahs.“ Dazu wird der kämpferischen Pose, die Linksruck für die Palästinenser einnimmt, dadurch widersprochen, dass Linksruck in Deutschland wiederholt zur Wahl von SPD und PDS aufgerufen hat, also den Parteien, die – ob bundesweit oder in Berlin oder Schwerin – die Polizei gegen protestierende Palästinenser einsetzen.

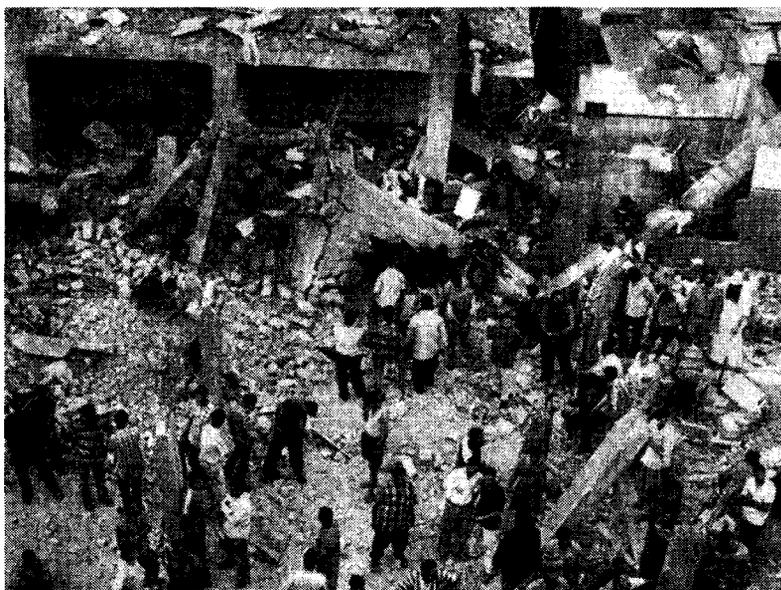
Es kann keine wirkliche Selbstbestimmung für das Volk der palästinensischen Araber geben – das zwischen Israel, den besetzten Gebieten, Jordanien und dem Libanon zerstückelt ist – ohne grundlegende sozialistische Revolutionen, die die kapitalistische Ordnung im ganzen Nahen Osten hinwegfegen. Auch ist Selbstbestimmung nicht denkbar ohne das Recht der Palästinenser auf Rückkehr zu ihrem Land innerhalb Israels, von dem sie in vergangenen Jahrzehnten vertrieben wurden. Aber die hebräisch-sprachige Nation hat genauso ein Existenzrecht. Die widerstreitenden nationalen Ansprüche dieser beiden Völker können unter dem Kapitalismus, der auf der Erweiterung der Nation beruht, niemals auf gerechte Weise gelöst werden.

Es ist zwingend notwendig, revolutionäre Arbeiterparteien aufzubauen, die dafür kämpfen, die hebräisch-sprachigen Arbeiter aus dem Würgegriff des scharfen Chauvinismus und arabische Arbeiter von Nationalismus und islamischer Reaktion zu brechen, denn beides fesselt sie an ihre jeweiligen Herrscher. Nur unter der roten Fahne des proletarischen Internationalismus können alle Völker der Region nationale und soziale Gerechtigkeit erreichen in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens. ■

SPARTAKIST

Verteidigt die Palästinenser! Nieder mit der blutigen zionistischen Besatzung!

5. August – Am 22. Juli kurz vor Mitternacht warf ein von Amerika geliefertes F-16-Kampfflugzeug eine Ein-Tonnen-Bombe über einem dicht bewohnten Viertel von Gaza-Stadt ab. Angeblich mit dem Ziel, einen einzigen Mann, den mutmaßlichen Gründer des militärischen Flügels von Hamas, umzubringen, tötete das Terrorbombardement 14 weitere Palästinenser, darunter neun Kinder, die in ihren Häusern schliefen. Der rechtsgerichtete Premierminister Ariel Scharon brüstete sich, dies sei „einer unserer größeren Erfolge“ gewesen, während Außenminister Schimon Peres von der



Gaza-Stadt, 22. Juli: Bombenangriff der israelischen Armee zerstört ein gesamtes Wohngebiet. Fünfzehn Palästinenser wurden getötet und 160 verwundet

„Arbeits“partei internationaler Kritik dadurch begegnete, dass er zugab, „eine kleinere Bombe wäre möglicherweise angemessener gewesen“! Mit anderen Worten: Das Ausmaß an Tod und Verwüstung – eine ganze Wohnblockreihe in Schutt

Imperialisten – Hände weg vom Irak!

und Asche gelegt, Dutzende von Leuten in völlig überfüllten Krankenstationen, aus den Trümmerhaufen geborgene Kinderleichen – war zu groß, als dass diese Schlächter es hätten verbergen können.

Diese Gräueltat war eine blutige Provokation, nicht zum Zwecke der Verhinderung von Terroranschlägen der islamischen Fundamentalisten von Hamas, wie israelische Regierungssprecher behaupteten, sondern um *sicherzustellen*, dass es mehr davon gibt. Am 31. Juli zündete Hamas zur Mittagszeit eine Bombe in der Cafeteria von Jerusalems Hebräischer

Universität und tötete sieben Menschen, überwiegend Studenten. Darauf folgten kurz hintereinander eine mörderische israelische Strafaktion in Nablus – eine von sieben Städten der Westbank, die im letzten Monat wieder besetzt wurden – noch mehr Tötungen durch die Armee in Gaza und weitere palästinensische Terroranschläge. Gestern übernahm Hamas die Verantwortung für einen Bombenanschlag auf einen Bus, der mindestens neun Menschen das Leben kostete und mehr als 40 verletzte. Mittlerweile wenden die zionistischen Herrscher die Nazipolitik kollektiver „Strafaktio-

nen“ gründlich an, sprengen Häuser oder deportieren Familien von mutmaßlichen Terroristen und stellen die gesamte palästinensische Bevölkerung unter totalen Arrest.

US-Präsident Bush benutzt den Anschlag an der Hebräischen Universität, unter dessen Opfern sich auch fünf Amerikaner befanden, um für die nächste Runde brutaler zionistischer Angriffe einen Blankoscheck auszustellen unter dem Motto: „Israel muss sich selbst verteidigen“. Aber angesichts internationaler Proteste fühlte sich selbst Bush genötigt, sich von dem „übertrieben harten“ Bombenangriff auf Gaza zu distanzieren. Das Weiße Haus ist vor allem darüber besorgt, dass jede ernsthafte Eskalation durch Scharon ein Hindernis darstellen könnte für das, was seine größte Besessenheit im Nahen Osten ist: die Zerschlagung des irakischen Regimes von Saddam Hussein. Im Laufe des letzten Monats hat die Bush-Regierung die Debatte über eine Invasion ständig angeheizt. Eine ganze Anzahl möglicher Kriegsszenarien werden erörtert, darunter eine massive Bodeninvasion unter Beteiligung von einer Viertelmillion Soldaten

Fortgesetzt auf Seite 28

US/UN/Bundeswehr – Raus aus dem Nahen Osten!